

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen
(GESIS-ZUMA), Mannheim,

Zentrum für Sozialindikatorenforschung,

Heinz-Herbert Noll,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),

Zentrales Datenmanagement,

Roland Habich

Datenreport 2008

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland


6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Jürgen Angele
Kristina Kott
Julia Weinmann

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), die im jährlichen Turnus durchgeführt werden. Es werden die zum Zeitpunkt der Erstellung des Datenreports aktuell vorliegenden Ergebnisse der LWR 2005 herangezogen. Bei den Einnahmen der Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern entstammen ebenfalls den Laufenden Wirtschaftsrechnungen und zwar den Ergebnissen zum 1. Januar 2006.

Die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld den Haushalten zur Verfügung steht, wie viel sie davon ausgeben und wie viel sie davon sparen.

Hierfür werden Aufzeichnungen der Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten genutzt, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine repräsentative Beurteilung der Einkommenssituation und der Konsumgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über deren Lebensstandard. 

Exakte Angaben, wie viele Haushalte überschuldet sind, gibt es nicht. Je nach Definition, aber auch nach Interessenlage, schwanken die Expertisen zur Zahl der absoluten oder relativ überschuldeten Haushalte zwischen knapp unter 3 Mill. bis weit über 3 Mill. Die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Rahmen der Neuerungen im Insolvenzrecht vom 1. Ja-

nuar 1999 eröffnet privaten Schuldern durch Inanspruchnahme eines Insolvenzverfahrens die Möglichkeit, von ihren Restschulden befreit zu werden. Informationen zur Überschuldung von Privatpersonen und zur Privatinsolvenz bietet der Abschnitt 6.1.4. Die Daten zu diesem Abschnitt beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte und der Schuldnerberatungsstellen.

6.1.1 Einnahmen der privaten Haushalte

Verteilung und Entwicklung der Haushaltseinkommen

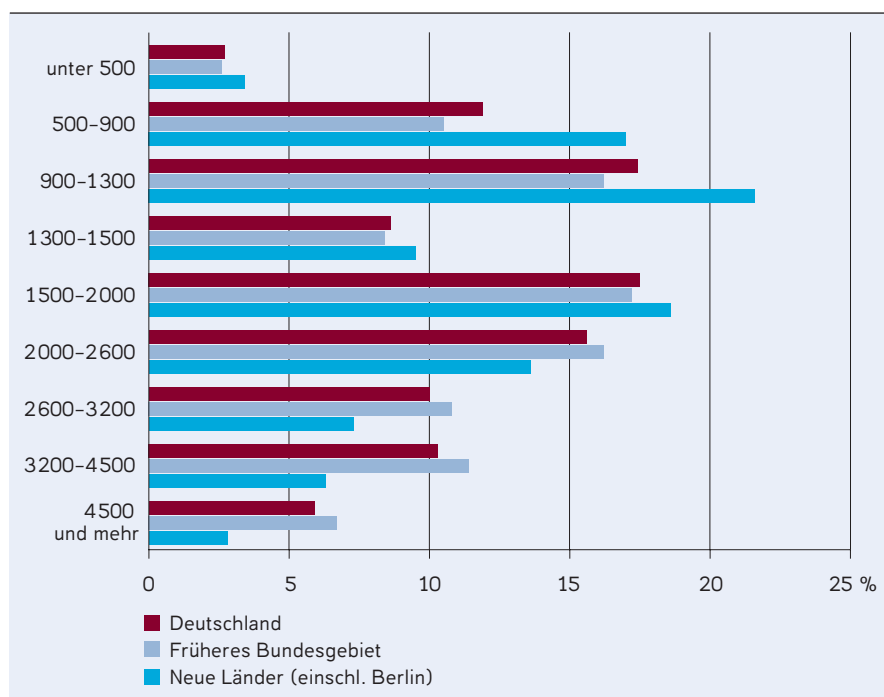
Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen monatlichen Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe, als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensusergebnissen hatten im Jahr 2006 in Deutschland 26 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 900 und 1 500 Euro zur Verfügung. 33 % standen netto monatlich 1 500 bis 2 600 Euro zur Verfügung. In der Einkommensklasse von 2 600 bis 4 500 Euro befanden sich 20 % der Haushalte, während 6 % über 4 500 Euro hatten. Am anderen Ende der Skala mussten 15 % der Haus-

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) werden die privaten Haushalte – mit Ausnahme der Haushalte von Selbstständigen und Landwirten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr – jährlich zu ihren Einnahmen und Ausgaben, Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. In der Erhebung sind nur solche Haushalte vertreten, die sich auf Grund von Werbemaßnahmen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes bereit erklärten, freiwillig Angaben zu machen. Zur Anschreibung der Einnahmen und Ausgaben führen jeweils 2 000 Haushalte drei Monate hintereinander ein Haushaltsbuch. Die Ergebnisse werden für die Neufestsetzung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik verwendet und dienen als Datenbasis für die Verwendungsrechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Abb. 1: Einkommensverteilung 2006, monatliches Haushaltsnettoeinkommen, in EUR



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. Ohne Selbstständige in der Landwirtschaft und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

halte mit weniger als 900 Euro auskommen, wobei einem Anteil von rund 3 % der Haushalte nach eigenen Angaben weniger als 500 Euro zur Verfügung standen.

Zwischen den alten und neuen Bundesländern war die Einkommensverteilung 2006 weiterhin unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 62 % der Haushalte monatlich über 1 500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin erst 49 %. → **Abb. 1**

Die Haushalte mit geringen Einkommen waren überwiegend Einpersonenhaushalte. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitragen.

Verteilung des Haushaltseinkommens nach sozialer Stellung

Differenziert man nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers des jeweiligen Haushalts, so verfügten die

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung 2006

Stellung im Beruf des Haupteinkommensbeziehers	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... EUR			
	unter 900	900-1 500	1 500-2 600	2 600 und mehr
Anteile der Haushalte in %				
Deutschland				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	7,7	14,7	26,0	51,6
Beamte/Beamtinnen	0,7	4,4	26,4	68,6
Angestellte	6,4	20,2	34,8	38,5
Arbeiter/Arbeiterinnen	9,3	24,1	44,3	22,3
Nichterwerbspersonen	21,3	36,1	31,8	10,8
Insgesamt	14,7	26,0	33,1	26,2
Früheres Bundesgebiet				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	6,6	12,7	25,0	55,7
Beamte/Beamtinnen	0,5	3,9	25,8	69,7
Angestellte	5,6	19,3	34,5	40,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	7,5	21,9	45,8	24,8
Nichterwerbspersonen	20,7	34,8	31,6	12,8
Insgesamt	13,1	24,6	33,4	29,0
Neue Länder einschl. Berlin				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	11,8	21,7	29,8	36,7
Beamte/Beamtinnen	/	6,8	29,1	62,6
Angestellte	9,8	24,2	36,4	29,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	15,4	31,3	39,4	13,9
Nichterwerbspersonen	23,1	40,3	32,2	4,4
Insgesamt	20,3	31,1	32,1	16,4

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Haushalte von Beamtinnen und Beamten in Deutschland – gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 2006 zu 69 % über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 52 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 39 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten 22 %. Dagegen verfügten nur rund 11 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr. → **Tab. 1**

Haushaltsnettoeinkommen, Realeinkommen

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Durchschnittseinkommen privater Haushalte berechnet, indem die in den VGR ermittelten makroökonomischen Einkommensgrößen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt werden.

Im Jahr 2005 hatten die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 33 700 Euro. Gegenüber 1991 (26 000 Euro) flossen durchschnittlich 30 % mehr Einkommen in die Haushaltskassen. Je Verbrauchereinheit standen im Jahr 2005 durchschnittlich 22 500 Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 16 700 Euro). Die Einkommen je Verbrauchereinheit sind seit dem Jahr 1991 um 35 % gestiegen. **i**

Real, das heißt nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2005 im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (2 %). Je Verbrauchereinheit hat sich das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2005 um 2 % erhöht.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen je Haushalt und je Verbrauchereinheit ist dadurch bedingt, dass sich die durchschnittliche Zahl der Verbrau-

Einkommen je Verbrauchereinheit **i**

Die Einkommen je Verbrauchereinheit berücksichtigen im Gegensatz zu den Einkommen je Haushaltsmitglied, dass sich die Kosten für die Lebenshaltung nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt entwickeln. So ist eine bessere Vergleichbarkeit der Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe gegeben, aber auch bei gleicher Haushaltsgröße wird ein differenzierterer Einkommensvergleich erreicht, da die Zusammensetzung der Haushalte nach Erwachsenen und Kindern berücksichtigt wird. Zur Berechnung der Verbrauchereinheiten wurde die neue OECD-Skala verwandt, der folgende Äquivalenzziffern zugrunde liegen: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,5 für jede weitere Person ab 15 Jahren und 0,3 für Kinder unter 15 Jahren.

Tab. 2: Netto-Jahreseinkommen in Deutschland 2005

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugspersonen	EUR je Haushalt	EUR je Verbrauchereinheit
Privathaushalte insgesamt	33 700	22 500
darunter Haushalte von ...		
Selbstständigen	106 900	62 900
Arbeitnehmern	35 900	22 100
Beamten	42 800	25 800
Angestellten	38 200	24 500
Arbeitern	30 200	17 600
Nichterwerbstätigen	21 200	15 700
Nachrichtlich		
Nichterwerbstätigen 2004	20 900	15 400
Arbeitslosengeld/-hilfeempfänger	18 100	11 600
Rentner	20 900	15 900
Pensionäre	28 600	21 500
Sozialhilfeempfänger	13 800	10 600

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

chereinheiten je Haushalt von 1,56 im Jahr 1991 auf 1,50 im Jahr 2005 verringert hat. → **Tab. 2**

Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 106 900 Euro im Jahr 2005 (1991: 77 200 Euro) die höchsten Durchschnittseinkommen. Je Verbrauchereinheit waren dies 62 900 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige – im Gegensatz zu Arbeitnehmern – in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbezieherinnen und -bezieher handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Selbstständigen.


Arbeitnehmerhaushalte kamen im Jahr 2005 auf durchschnittlich 35 900 Euro (je Verbrauchereinheit 22 100 Euro). Dabei lagen Beamtenhaushalte mit 42 800 Euro vor den Angestelltenhaushalten (38 200 Euro) und den Arbeiterhaushalten (30 200 Euro). Je Verbrauchereinheit stand Beamtenhaushalten mit 25 800 Euro ein etwas höherer Betrag zur Verfügung als Angestelltenhaushalten mit rund 24 500 Euro, Arbeiterhaushalte kamen auf 17 600 Euro.

Für die Nichterwerbstätigenhaushalte lagen bei Redaktionsschluss noch keine differenzierten Ergebnisse für 2005 vor. Im Jahr 2004 hatten Pensionärshaushalte mit 21 500 Euro und Rentnerhaushalte mit 15 900 Euro durchschnittlich wesentlich höhere Einkommen je Verbrauchereinheit erzielt, als die Haushalte von

Haushaltsnettoeinkommen

Die in Tabelle 2 dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Hypotheken- und Konsumentenkredite sind abgezogen. Die Zuordnung zu einer Haushaltsgruppe richtet sich nach dem überwiegenden Einkommen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher.

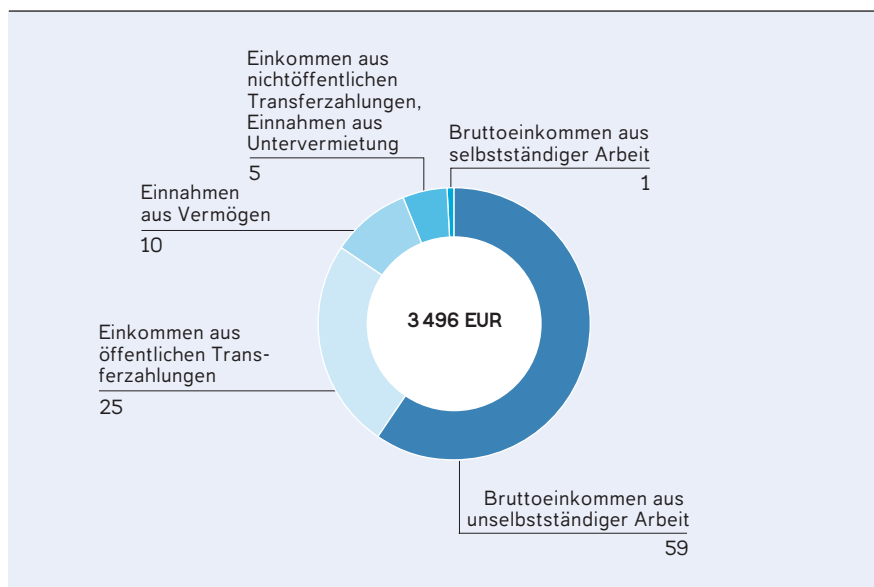
Die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte können nach oben und unten erheblich von den hier dargestellten Durchschnittswerten abweichen.

Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern (11 600 Euro) und Sozialhilfeempfängern (10 600 Euro), die klar am unteren Ende der Einkommensskala rangierten. 

Struktur der Haushaltsbruttoeinkommen

Eine erste wichtige Bezugsgröße für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2005 auf 3 496 Euro. Rund drei Fünftel des Bruttoeinkommens bzw. 2 087 Euro stammten aus Einkünften aus unselbstständiger Tätigkeit. Rund ein Viertel bzw. 869 Euro des Bruttoeinkommens bezogen die privaten Haushalte in Deutschland auf die öffentlichen Transferleistungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatlichen Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II bzw. Sozialgeld. Einnahmen aus Vermögen in Höhe von 334 Euro (10 %) sowie Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (185 Euro bzw. 5 %)


Abb. 2: Struktur des monatlichen Bruttoeinkommens privater Haushalte 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

hatten einen wesentlich geringeren Anteil am Haushaltseinkommen.  **Abb. 2**

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost existierten auch 2005 bei den Bruttoeinkommen noch erhebliche Unterschiede. Im Durchschnitt verfügte ein Haushalt im Westen über ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 665 Euro, im Osten standen dagegen mit lediglich 2 766 Euro nur 75 % des Westniveaus zur

Verfügung. Auch bei der Zusammensetzung der Bruttoeinkommen zeigen sich Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern: Im Osten entfiel fast ein Drittel (32 %) der Bruttoeinkünfte auf Leistungen der öffentlichen Hand gegenüber knapp einem Viertel (24 %) im früheren Bundesgebiet. Dafür waren in den neuen Ländern die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (57 %) sowie aus Vermögen (6 %) niedriger als im Westen (60 % bzw. 10 %).  **Tab. 3**

Tab. 3: Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2005

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	6 095		1 484	
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	28 838		6 717	
Haushaltsbruttoeinkommen	3 665	100	2 766	100
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 207	60,2	1 569	56,7
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	21	0,6	(16)	(0,6)
Einnahmen aus Vermögen	371	10,1	177	6,4
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	867	23,7	879	31,8
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen u. Untervermietung	200	5,5	125	4,5

Ergebnisse der LWR.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu. Nach Abzug von Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und unter Zurechnung der Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstigen Einnahmen ergeben sich die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen – die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung stehen. Die Steuer- und Abgabenglast lag mit durchschnittlich 729 Euro bei 21 % des Bruttoeinkommens. 2005 betragen die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Haushalte in Deutschland durchschnittlich 2 816 Euro je Monat. Dabei verfügten die Haushalte im früheren Bundesgebiet über ein monatliches ausgabefähiges Einkommen von 2 946 Euro; in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag es mit 2 255 Euro bei 77 % des Westniveaus. → **Tab. 4**

6.1.2 (Konsum-) Ausgaben privater Haushalte

Den größten Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen (71 %) wendeten die Haushalte für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen und anderes auf. 2005 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke im Durchschnitt monatlich 1 996 Euro aus. Die Konsumausgaben ostdeutscher Haushalte waren mit 1 685 Euro zwar niedriger als die der Haushalte im Westen (2 069 Euro), bedingt durch das geringere ausgabefähige Einkommen lag die Konsumquote mit 75 % jedoch höher als im früheren Bundesgebiet (70 %).

Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung: Dafür wurde 2005 fast ein Drittel (33 %) des Konsumbudgets

Tab. 4: Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2005

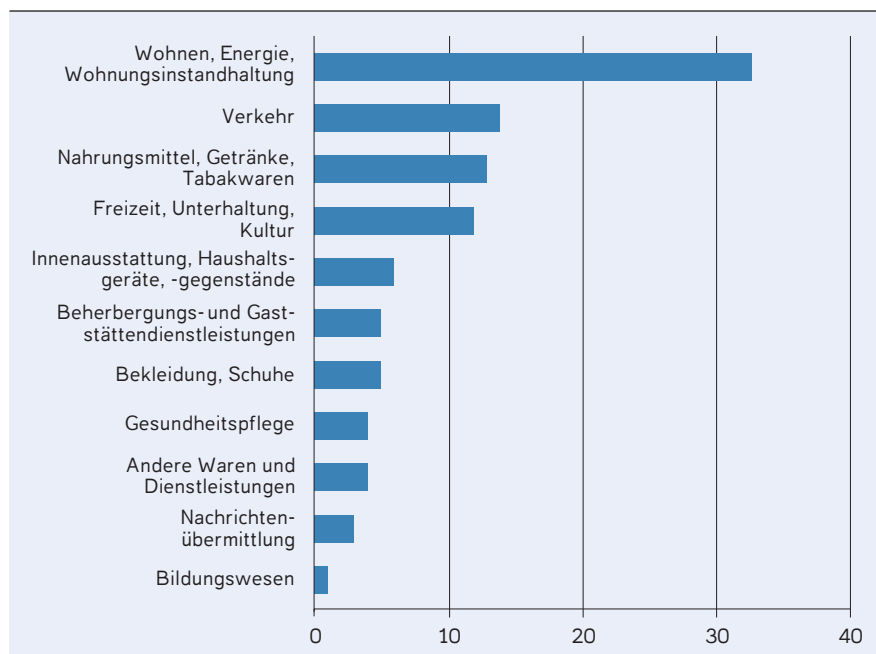
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 579	6 095	1 484
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	35 555	28 838	6 717
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 665	2 766
abzüglich:			
Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	385	217
Pflichtbeiträge z. Sozialversicherung	376	387	329
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 893	2 220
zuzüglich:			
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	50	53	35
Ausgabefähige Einkommen u. Einnahmen	2 816	2 946	2 255

Ergebnisse der LWR.

ausgegeben. Den zweitgrößten Ausgabenbereich bildeten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von 14 % an den privaten Konsumausgaben, dicht gefolgt von den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (13 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (siehe auch Kapitel 13.1.3 »Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten«) wurden anteilig 12 %

aufgewendet. Mit deutlicherem Abstand folgten dann die Ausgaben für Innenausstattung und Haushaltsgeräte und -gegenstände (6 %), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (5 %), Bekleidung und Schuhe (5 %) sowie Gesundheitspflege (4 %). Am Schluss standen die Ausgaben für das Bildungswesen mit unter einem Prozent. → **Abb. 3**

Abb. 3: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

Tab. 5: Konsumausgaben privater Haushalte 2005, nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher

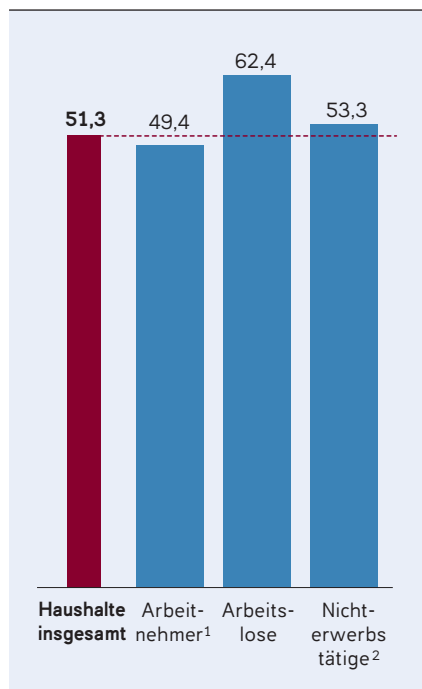
	Arbeitnehmer ¹		Arbeitslose		Nicht-erwerbstätige ²	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Private Konsumausgaben	2 343	100	1 205	100	1 678	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	313	13,4	202	16,8	219	13,0
Bekleidung und Schuhe	123	5,2	46	3,8	65	3,9
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	722	30,8	503	41,8	612	36,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	161	6,9	56	4,7	88	5,2
Gesundheitspflege	78	3,3	21	1,7	104	6,2
Verkehr	348	14,9	139	11,6	187	11,2
Nachrichtenübermittlung	74	3,2	56	4,7	45	2,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	274	11,7	101	8,4	202	12,0
Bildungswesen	20	0,8	(5)	(0,4)	4	0,3
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	134	5,7	37	3,1	83	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	96	4,1	37	3,1	68	4,0

Ergebnisse der LWR.

1 Beamte/Beamtinnen, Angestellte, und Arbeiter(innen).

2 Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner(innen), Sozialhilfeempfänger(innen), Altenteiler(innen), nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen, Studierende im eigenen Haushalt.

Abb. 4: Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

1, 2 Definitionen siehe Tab. 5.

Obwohl die privaten Haushalte 2005 in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost im Monat durchschnittlich 384 Euro weniger für den Privaten Konsum als die westlichen Haushalte ausgaben, ist die Konsumstruktur bis auf wenige Ausgabenbereiche nahezu identisch. Größere Unterschiede ergaben sich bei den Ausgabenanteilen für den Verkehr (West: 13 %, Ost: 15 %) und bei der Gesundheitspflege (West: 4 %, Ost: 3 %).

Neben den regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch von der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher, dem Haushaltstyp sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Während die Unterschiede im Konsumniveau der Haushalte im Vergleich nach den sozialen Stellungen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch identisch. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab. Die Gruppe der Arbeitnehmerhaushalte, die 2005 mit durchschnittlich 2 343 Euro im Monat die höchsten Konsumausgaben

aufwies, gab zwar am meisten für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen aus (1 158 Euro); anteilig am Konsumbudget waren das aber nur 49 %. Bei den Haushalten von Nicht-erwerbstätigen betrug der Anteil bereits 53 % ihrer Konsumausgaben in Höhe von 1 678 Euro. Die Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher hatten mit 1 205 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 62 % (751 Euro) am höchsten. → Tab. 5, Abb. 4

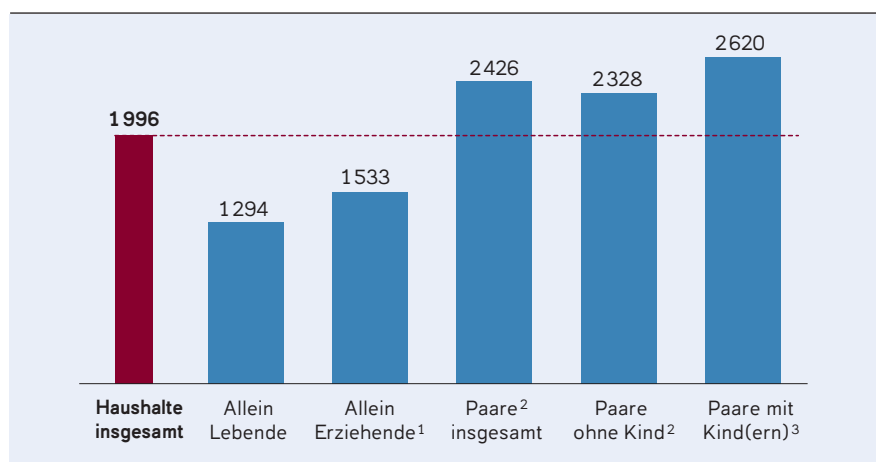
Rund ein Drittel (33 %, 662 Euro) der Privaten Konsumausgaben wendeten die privaten Haushalte in Deutschland für den Ausgabenbereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung auf. Mit 722 Euro gaben die Arbeitnehmerhaushalte 31 % ihrer Ausgaben für diesen Bereich aus. Bei den Haushalten von Nicht-erwerbstätigen machten diese Ausgaben mit 612 Euro bereits einen Anteil von 37 % aus. Die Arbeitslosenhaushalte gaben für das Wohnen mit 503 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an deren gesamten Konsumausgaben war mit 42 % jedoch am höchsten.

Die Verkehrsausgaben waren bei den Arbeitnehmerhaushalten mit 348 Euro monatlich mehr als doppelt so hoch wie bei den Haushalten von Arbeitslosen (139 Euro) und von Nichterwerbstätigen (187 Euro).

Die unterschiedliche Höhe bei den Ausgabenbeträgen und -anteilen im Bereich Gesundheitspflege lässt sich im Wesentlichen wohl darauf zurückführen, dass bei der Gruppe der Arbeitnehmer die Beamtenhaushalte sowie bei den Nichterwerbstätigen die Pensionärshaushalte viele Zahlungen für medizinische Leistungen vorstrecken müssen, die anschließend über ihre private Kasse bzw. öffentliche Beihilfen zurückerstattet werden.

Der Vergleich ausgewählter Haushaltstypen zeigt deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur der privaten Konsumausgaben. Die höchsten monatlichen Konsumausgaben tätigten im Jahr 2005 die Haushalte von Paaren mit Kind(ern) mit durchschnittlich 2 620 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 328 Euro monatlich. Unter dem Bundesdurchschnitt (1 996 Euro) lagen die monatlichen Konsumausgaben der Haushalte

Abb. 5: Private Konsumausgaben nach Haushaltstypen 2005 je Monat, in EUR



Ergebnisse der LWR.

- 1 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.
- 2 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.
- 3 Ledige(s) Kind(er) der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder der Ehepartner(innen) unter 18 Jahren.

von allein Erziehenden (1 533 Euro) und allein Lebenden (1 294 Euro). Berücksichtigt man, dass in einem Haushalt von allein Erziehenden mindestens zwei Personen leben, waren bei diesem Haushaltstyp die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben am niedrigsten. Die allein Erziehenden wendeten mit 57 % den größten Teil ihres Konsumbudgets für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf.

Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Haushalten von Paaren ohne Kind (49 %). Hinsichtlich der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse lassen sich erhebliche Unterschiede für die einzelnen Haushaltstypen nachweisen: Während Paarchaushalte mit Kind(ern) rund 15 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, wa-

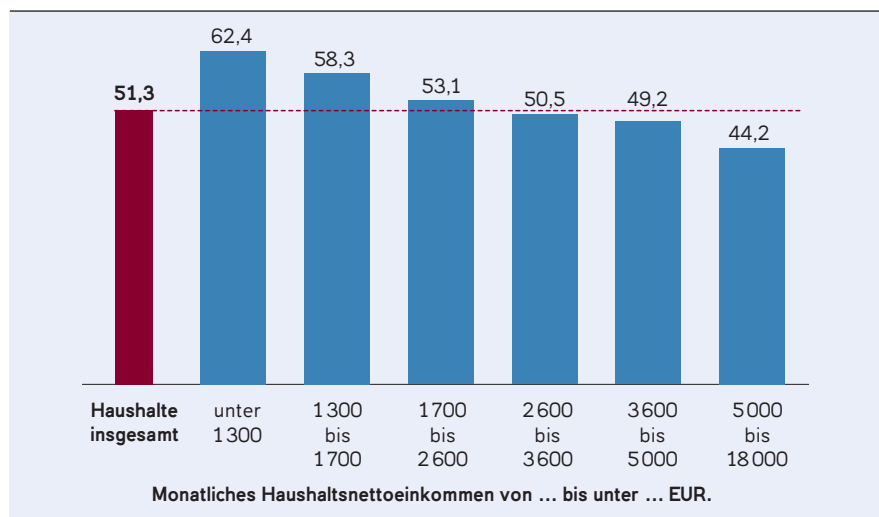
Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2005

	Allein Lebende		Allein Erziehende ¹		Paare ²					
					insgesamt		ohne Kind		mit Kind(ern) ³	
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	1 294	100	1 533	100	2 426	100	2 328	100	2 620	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	149	11,5	227	14,8	337	13,9	307	13,2	395	15,1
Bekleidung und Schuhe	55	4,3	84	5,5	115	4,7	100	4,3	145	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	496	38,3	564	36,8	761	31,4	729	31,3	824	31,4
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	64	4,9	83	5,4	171	7,1	163	7,0	187	7,1
Gesundheitspflege	55	4,3	35	2,3	107	4,4	125	5,4	72	2,8
Verkehr	145	11,2	159	10,4	336	13,8	332	14,3	343	13,1
Nachrichtenübermittlung	46	3,5	71	4,6	65	2,7	58	2,5	79	3,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	151	11,6	161	10,5	291	12,0	281	12,1	311	11,9
Bildungswesen	5	0,4	(24)	(1,6)	16	0,6	4	0,2	39	1,5
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen.	65	5,0	60	3,9	137	5,7	141	6,1	130	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	64	5,0	66	4,3	91	3,7	88	3,8	96	3,7

Ergebnisse der LWR.

- 1 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.
- 2 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.
- 3 Ledige(s) Kind(er) der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder der Ehepartner(innen) unter 18 Jahren.

Abb. 6: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

ren es bei den allein Lebenden nur 12 %. Diese hatten aber mit 38 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, gefolgt von den allein Erziehenden mit 37 %. Paare mit Kind(ern) hatten mit 31 %, wie auch Paare ohne Kind, einen wesentlich geringeren Wohnkostenanteil. → Tab. 6, Abb. 5

Haushalte in denen Kinder leben weisen höhere Ausgaben für Bildung und Nachrichtenübermittlung auf als die anderen

Haushaltstypen: Die Haushalte von allein Erziehenden gaben durchschnittlich mit 24 Euro im Monat fast fünfmal so viel für Bildung aus, wie die Haushalte von allein Lebenden (fünf Euro). Bei den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) waren es sogar 39 Euro. Auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung lagen bei den »Kinderhaushalten« über dem Bundesdurchschnitt. Von allen Haushaltstypen wiesen die Haushalte von allein Erziehenden die geringsten Ausgabenanteile für Ver-

kehr (10 %), Freizeit und Kultur (11 %) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (4 %) auf. Die höchsten Anteile in diesen Ausgabenbereichen wiesen die kinderlosen Paarhaushalte auf (siehe auch Kapitel 13.1).

Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1300 Euro gaben im Jahr 2005 durchschnittlich 964 Euro im Monat für den Privaten Konsum aus. Fast viermal so viel (3753 Euro) wendete die Einkommensgruppe mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen von 5000 bis unter 18000 Euro für ihren Konsum auf. Mit ansteigendem Haushaltsnettoeinkommen steigen zwar die Ausgaben für die Grundbedürfnisse zum Teil um ein Mehrfaches an. Gleichzeitig nimmt deren Anteil an den gesamten Konsumausgaben ab: Während die Haushalte der untersten Einkommensgruppe durchschnittlich 62 % (601 Euro) ihrer monatlichen Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und Bekleidung aufwendeten, machten diese Ausgaben bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe anteilig lediglich 44 % (1661 Euro) aus. Nur das »Grundbedürfnis« Bekleidung und Schuhe weist mit zunehmenden Einkommen auch steigende Ausgabenanteile auf, was

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2005

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR											
	unter 1300		1300-1700		1700-2600		2600-3600		3600-5000		5000-18000	
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	964	100	1316	100	1767	100	2282	100	2791	100	3753	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	145	15,1	193	14,7	249	14,1	315	13,8	360	12,9	436	11,6
Bekleidung und Schuhe	34	3,6	57	4,3	76	4,3	107	4,7	146	5,2	207	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	422	43,7	518	39,3	613	34,7	730	32,0	868	31,1	1018	27,1
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	43	4,4	59	4,5	104	5,9	131	5,7	194	6,9	305	8,1
Gesundheitspflege	27	2,8	43	3,2	56	3,1	88	3,9	119	4,3	236	6,3
Verkehr	83	8,6	129	9,8	243	13,7	332	14,5	415	14,9	560	14,9
Nachrichtenübermittlung	42	4,4	51	3,8	57	3,2	69	3,0	75	2,7	94	2,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	93	9,6	141	10,7	207	11,7	276	12,1	323	11,6	469	12,5
Bildungswesen	(4)	(0,4)	(6)	(0,5)	9	0,5	17	0,7	19	0,7	29	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	31	3,2	58	4,4	81	4,6	128	5,6	163	5,8	252	6,7
Andere Waren und Dienstleistungen	40	4,2	62	4,7	73	4,1	90	3,9	108	3,9	148	3,9

Ergebnisse der LWR.

darauf zurückzuführen sein dürfte, dass höhere Einkommen größere Spielräume für »Luxuskäufe« ermöglichen. → **Abb. 6**

Die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung stiegen wie auch die Ausgaben für Wohnen und Nahrung mit zunehmendem Nettoeinkommen an, waren aber prozentual gesehen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit der niedrigsten Einkommensklasse dafür anteilig im Durchschnitt über 4 % (42 Euro monatlich) auf, während es bei der höchsten Einkommensklasse unter 3 % (94 Euro monatlich) waren.

Bei allen anderen Ausgabepositionen stiegen mit zunehmenden Einkommen das monatliche Ausgabenniveau sowie die entsprechenden Anteile am Konsumbudget. Die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen gaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur das Fünffache (469 Euro, 13 %) dessen aus, was die Haushalte mit dem geringsten monatlichen Einkommen (93 Euro, 10 %) ausgaben. Gegenüber den Haushalten mit einem Einkommen von 1 700 bis unter 2 600 Euro (207 Euro, 12 %) war es mehr als das Doppelte. Auch für Bekleidung und Schuhe, Innenausstattung, Bildung, Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Gesundheitspflege gaben die in der Statistik nachgewiesenen Höchstverdiener mit monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro sechs bis neun Mal mehr aus als die Niedrigverdiener mit Haushaltsnettoeinkommen unter 1 300 Euro. → **Tab. 7**

6.1.3 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen sowie von Geräten der Unter-

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand



Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Anzahl der Haushalte, in denen ein entsprechendes Gebrauchsgut vorhanden ist, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Anzahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

haltungselektronik (unter anderem Videokamera/Camcorder, CD-Player, DVD-Player, Videorecorder). Auch die Anschaffung von bzw. Ausstattung mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputer, Mobiltelefon oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. **i**

Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten

Elektrische und seit einigen Jahren elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der LWR erfragt werden. »Traditionelle« elektrische Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2006 bei 99 %. Gut zwei Drittel der Haushalte (68 %) besaßen im

Jahr 2006 ein Mikrowellengerät. Rund 62 % der privaten Haushalte konnten ihr verschmutztes Geschirr in eine Geschirrspülmaschine stellen. Mit Ausstattungsgraden von 64 % für das frühere Bundesgebiet und 52 % für die neuen Länder und Berlin-Ost ist bei den Geschirrspülmaschinen allerdings ein größeres regionales Gefälle zu beobachten. Ein noch größeres Gefälle zeigte sich bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern. Bei einem Ausstattungsgrad von 35 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang 2006 Werte von 39 % (West) und 17 % (Ost) gegenüber. → **Tab. 8**

Bestimmend für die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist unter anderem die Haushaltsgröße. Anfang 2006 lag der Ausstattungsgrad von Einpersonenhaushalten deutlich unter den für diese drei Güter ermittelten Durchschnitts-

Tab. 8: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2006

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	6 281	1 490
Hochgerechnete Haushalte (1000)	35 555	28 838	6 717
	%		
Geschirrspülmaschine	61,6	63,7	52,4
Mikrowellengerät	68,0	68,0	67,8
Wäschetrockner	34,5	38,6	16,7

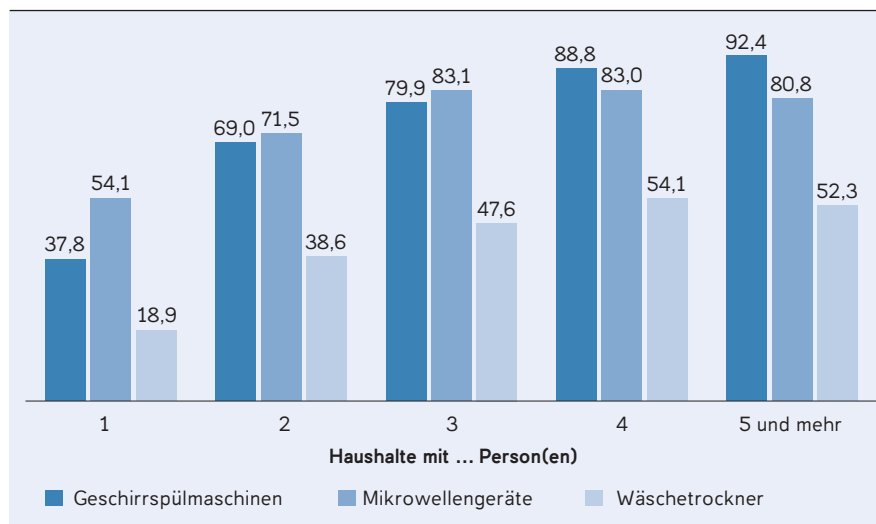
Ergebnisse der LWR.

werten. Mit zunehmender Personenzahl im Haushalt werden technische Haushaltshilfen verstärkt in Anspruch genommen. Für alle drei Güter lagen die Ausstattungsgrade von Drei-, Vier- sowie Fünf- und Mehrpersonenhaushalten jeweils deutlich über den Durchschnittswerten aller Haushalte. Beispielsweise standen Geschirrspülmaschinen in 92 % der Haushalte mit fünf und mehr Personen, verglichen mit dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad von 62 %. In 81 % dieser Haushalte mit fünf und mehr Personen gab es Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 68 %) und in 52 % gab es einen oder mehrere Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: 35 %). → **Abb. 7**

Ausstattung mit Gütern der Unterhaltungselektronik

Im Rahmen der LWR wird der technologische Wandel in der Unterhaltungselektronik dadurch erfasst, dass auch der Besitz neu entwickelter Produkte wie CD-Player/-Recorder, DVD-Player/-Recorder sowie MP3-Player erfragt wird. Bei Videokamera (Camcorder) und Fotoapparat wird zwischen analogen und digitalen Geräten unterschieden. Erstmals wurde im Jahr 2006 der Besitz von Flachbildfernsehern und Spielkonsolen erfasst.

Abb. 7: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten nach Haushaltsgröße (Personen) 2006, in %



Ergebnisse der LWR.

Anfang 2006 besaßen 95 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Farbfernseher, so dass hier nahezu von einer Vollausstattung mit diesen Geräten gesprochen werden kann. 43 % der Haushalte besaßen mehr als einen Fernsehapparat. Die erstmalige Frage nach dem Besitz von Flachbildfernsehern ergab, dass 5 % aller privaten Haushalte bereits ein solches Gerät besaßen.

Neben dem Videorecorder hat in den zurückliegenden Jahren der DVD-Player/-Recorder an Bedeutung für die privaten Haushalte gewonnen. Der Anteil der Haushalte, die im Besitz eines Videorecorders waren, lag in den Jahren 2002 bis 2006 relativ gleich bleibend bei etwa 70 %. Die Anzahl der Haushalte mit DVD-Player/-Recorder stieg in diesem Zeitraum sprunghaft von rund 5 Mill. Haushalten – das waren 14 % der privaten Haushalte – auf 21 Mill. Haushalte (59 %) an. Anfang 2006 gab es ein Ausstattungsgefälle zwischen West und Ost: Während im früheren Bundesgebiet 60 % der Haushalte einen DVD-Player/-Recorder besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 56 % der Haushalte. → **Abb. 8**

Anfang 2006 besaßen rund 85 % der Haushalte einen Fotoapparat. Die Unter-

Abb. 8: Ausstattung privater Haushalte mit Videorecordern und DVD-Playern, in %



Ergebnisse der LWR.

scheidung nach digitalen und analogen Geräten ergab folgendes Bild: Zwischen 2004 und 2006 hat sich der Verbreitungsgrad digitaler Fotoapparate mehr als verdoppelt. Anfang 2004 fotografierte fast jeder fünfte Haushalt (20 %) digital; zu Beginn des Jahres 2006 waren es knapp 42 %. Dennoch war der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten geringer als der Ausstattungsgrad mit analogen Geräten (74 %).

Am Jahresanfang 2006 besaß jeder fünfte Haushalt (20 %) einen Camcorder (Videokamera). Seit dem Jahr 2004 ist der Ausstattungsgrad nahezu gleich geblieben. → **Abb. 9**

Geräte der modernen Unterhaltungselektronik finden sich vor allem in Haushalten von allein Erziehenden und Paaren mit Kindern. Während 77 % der privaten Haushalte Anfang 2006 einen CD-Player/-Recorder besaßen, waren 88 % der Haushalte von allein Erziehenden und 92 % der Haushalte von Paaren mit Kindern mit einem solchen Gerät ausgestattet. Bei MP3-Playern ist der höhere Ausstattungsgrad noch auffälliger: Während Anfang 2006 im Bundesdurchschnitt jeder fünfte Haushalt einen MP3-Player besaß, konnte bereits in jedem zweiten Al-

leinerziehendenhaushalt und in 44 % der Paarhaushalte mit Kindern Musik über dieses Medium abgespielt werden. Die erstmals Anfang 2006 erfragten Spielkonsolen waren in nur 14 % aller privaten Haushalte in Deutschland vorhanden. Aber bereits jeder dritte Haushalt mit Kindern besaß ein solches Gerät. → **Tab. 9**

Ausstattung mit Telefon und Navigationssystem

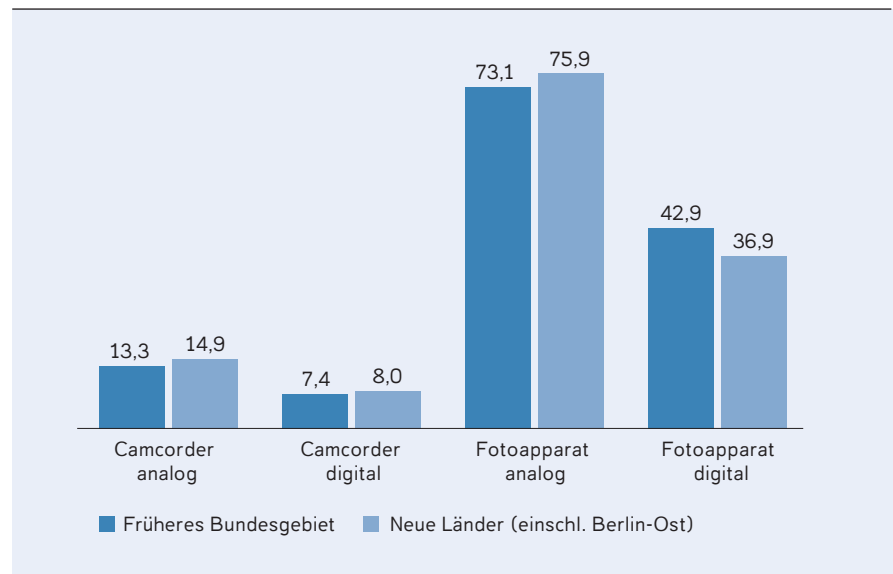
In den privaten Haushalten in Deutschland nahm die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die privaten Haushalte partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien. Die Ausstattung privater Haushalte mit Computer und Internetzugang sowie deren Nutzung wird ausführlich in Kapitel 13.1 beschrieben.

Nach den Ergebnissen der LWR hatten Anfang 2000 nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland ein Festnetztelefon (96 %). Mit einem Ausstattungsgrad von 30 % waren Mobiltelefone noch längst nicht so verbreitet. Bis zum Jahr 2006 hat sich das Bild stark gewandelt. Zwischen 2000 und 2006 vervierfachte sich die Zahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone von 12,2 Mill. auf 48,7 Mill. Anfang 2006 besaßen 81 % der Haushalte in Deutschland ein Handy. Zwischen West und Ost war der Ausstattungsgrad etwa gleich hoch. → **Abb. 10**

Während immer mehr Mobiltelefone zum Einsatz kamen, sank der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen im Bundesdurchschnitt von 96 % im Jahr 2000 auf 95 % in 2006. Offensichtlich gibt es vermehrt Haushalte, die nur noch auf Mobiltelefone zurückgreifen und auf stationäre Telefone verzichten.

Noch deutlicher ist der technologische Wandel an den Ausstattungsbeständen ablesbar. Im Jahr 2000 gab es durchschnittlich 103 Festnetztelefone je 100 Haushalte im Vergleich zu 36 Mobiltele-

Abb. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fotoapparaten und Camcordern 2006, in %



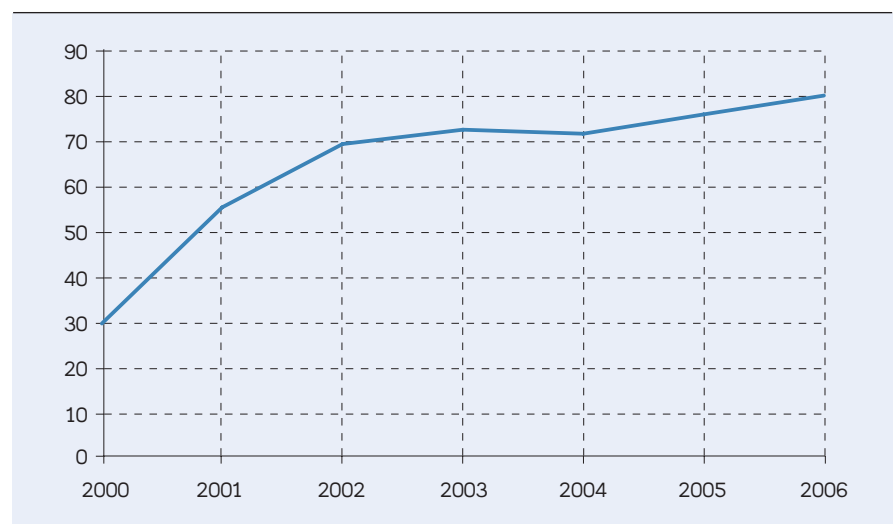
Ergebnisse der LWR.

Tab. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach Haushaltstyp 2006

	Haushalte insgesamt	Allein Lebende	Allein Erziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
	in %				
Spielkonsolen	14,4	(3,9)	(38,6)	5,9	34,0
MP3-Player	22,8	8,7	49,5	12,0	43,7
CD-Player/Recorder	76,9	67,3	88,0	74,8	91,8
DVD-Player/Recorder	59,3	39,8	76,0	56,9	84,4

Ergebnisse der LWR.

Abb. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Mobiltelefon, in %



Ergebnisse der LWR.

fonen. Anfang 2006 hatte sich das Ausstattungsverhältnis dieser beiden Kommunikationsmedien bereits umgekehrt: Auf durchschnittlich 124 Festnetztelefonie in 100 Haushalten kamen bereits 137 Handys. → **Tab. 10**

Je nach Alter wird lieber mit Handy oder im Festnetz telefoniert. Mit steigendem Alter der Haupteinkommensbezieher war

Tab. 10: Ausstattungsbestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefonen

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
	Anzahl je 100 Haushalte					
Festnetztelefon	102,8	124,0	104,2	127,8	97,0	107,9
Mobiltelefon	35,5	137,1	35,9	137,2	33,9	136,8

Ergebnisse der LWR.

Tab. 11: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefonen nach dem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2006

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher von ... bis unter ... Jahren							
		unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 u. mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	(43)	379	1 469	2 147	1 701	831	905	296
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	(408)	2 291	6 859	9 355	7 300	3 694	4 152	1 496
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte							
Festnetztelefon	95,2	(77,5)	88,8	94,1	95,2	96,2	97,2	97,9	97,4
Mobiltelefon	80,6	(92,4)	94,5	92,9	88,4	82,7	68,9	58,4	31,7

Ergebnisse der LWR.

der Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad an Handys kontinuierlich abnahm. So betrug die durchschnittlichen Ausstattungsgrade mit Mobiltelefon bei den Haushalten der Altersklassen zwischen 25 und unter 55 Jahren zwischen 88 % und 95 %. Von den Haushalten der 65-bis unter 70-Jährigen hatten 69 % ein Mobiltelefon und von den 80-Jährigen und Älteren nicht einmal jeder dritte Haushalt (32 %). → **Tab. 11**

Bei allen Haushaltstypen – mit Ausnahme der allein lebenden Männer – gab es Anfang 2006 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von deutlich über 90 %. Dagegen unterschied sich die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kindern erreichten die höchsten Ausstattungsgrade mit Mobiltelefonen: Paare mit Kindern waren zu jeweils 96 % mit Handys ausgerüstet; bei den allein Erziehenden waren es 94 %. Selbst die Paare ohne Kind besaßen zu 85 % ein Handy und waren

damit überdurchschnittlich ausgestattet. Deutlich unterdurchschnittlich war dagegen die Verbreitung von Mobiltelefonen bei den allein Lebenden. Rund 74 % der allein lebenden Männer verfügten Anfang 2006 über ein Mobiltelefon, bei den allein lebenden Frauen waren es 60 %. → **Tab. 12**

Haushalte mit Kindern besaßen generell mehr als ein Handy. Beim Typ »Paare mit Kind(ern)« kamen Anfang 2006 durchschnittlich 214 Geräte auf 100 Haushalte, das heißt in jedem der mit Mobiltelefon ausgestatteten Haushalte gab es im Durchschnitt zwei Handys. Ähnlich

Tab. 12: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon 2006, nach Haushaltstyp

	Haushalte insgesamt	Allein Lebende		Allein Erziehende	Paare	
		Frauen	Männer		ohne Kind	mit Kind(ern)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	1 305	682	215	2 824	1 179
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	9 255	4 222	1 178	10 285	5 259
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte				
Festnetztelefon	95,2	94,9	86,9	92,5	97,6	96,3
Mobiltelefon	80,6	59,6	73,6	94,1	85,3	95,9
		Ausstattungsbestand je 100 Haushalte				
Festnetztelefon	124,0	101,9	97,9	104,4	129,7	146,2
Mobiltelefon	137,1	61,8	82,9	157,3	129,7	214,3

Ergebnisse der LWR.

Tab. 13: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationssystem nach Haushaltsnettoeinkommensklassen 2006

	Haushalte insgesamt	Mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR					
		unter 1300	1300-1700	1700-2600	2600-3600	3600-5000	5000-18000
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7771	1133	963	2171	1720	1284	500
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35555	11691	4675	10623	5140	2416	1010
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte					
Navigationssystem	7,7	/	(4,6)	9,2	12,1	19,4	29,8

Ergebnisse der LWR.

hoch ist der Ausstattungsbestand bei den allein Erziehenden mit durchschnittlich 157 Mobiltelefonen je 100 Haushalte.

Anfang 2006 wurde die Ausstattung privater Haushalte mit Navigationssystemen zum zweiten Mal erfragt. 8 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen ein solches Gerät. Im Vergleich zum Ausstattungsgrad Anfang 2005 (4 %) war das eine Zunahme von gut drei Prozentpunkten. Obwohl Navigationssysteme als Aktionsangebote mittlerweile auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden, ist für den Besitz eines Navigationsgerätes immer noch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationssystemen steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich an. Während Anfang 2006 die Anzahl der Haushalte mit Navigationssystem in den beiden untersten Einkommensklassen zu gering war, um gesicherte Aussagen zuzulassen, waren nur rund 9 % der Haushalte mit einem Einkommen von 1700 Euro bis unter 2600 Euro monatlich im Besitz eines Navigationssystems. Dagegen konnten sich knapp 30 % der Haushalte mit mehr als 5000 Euro monatlichem Einkommen von einem eigenen Navigationssystem leiten lassen. → **Tab. 13**

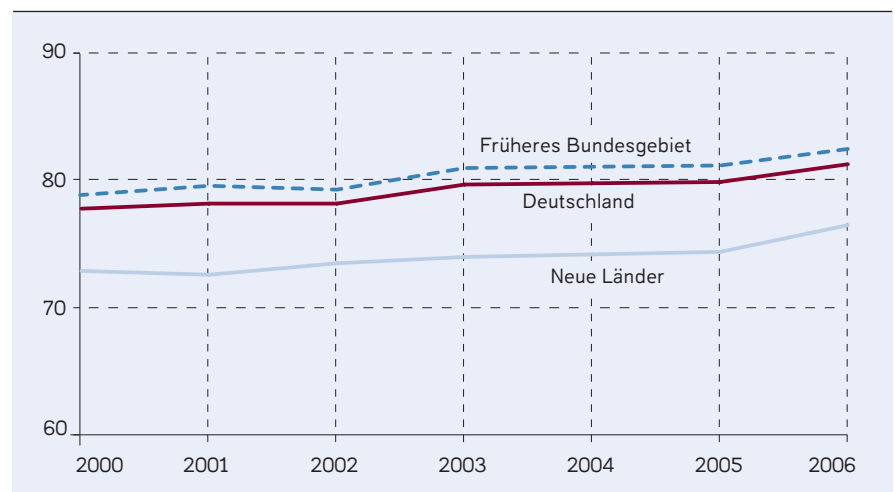
Ausstattung mit Fahrzeugen

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern Informationen über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern und Personenkraftwagen (Pkw) und damit auch über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern nimmt weiterhin zu. Zu Beginn des Jahres 2006 standen 66,8 Mill. Fahrräder in den privaten Haushalten in Deutschland.

Im Vergleich zum Jahr 2000 (60,8 Mill.) war das ein Plus von zehn Prozent. Mit 81 % im Jahr 2006 war der Ausstattungsgrad in Deutschland gegenüber dem Jahr 2000 (78 %) um knapp vier Prozentpunkte gestiegen. → **Abb. 11**

Abb. 11: Ausstattung privater Haushalte mit Fahrrädern, in %



Ergebnisse der LWR.
Neue Länder einschl. Berlin-Ost.

Tab. 14: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Fahrrädern nach Haushaltsgröße 2006

	Haushalte insgesamt	Davon mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7771	1987	3217	1268	972	327
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35555	13478	12238	4891	3655	1294
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte	81,2	66,5	85,7	94,6	96,9	98,0
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	187,8	87,2	181,4	268,2	370,3	476,1

Ergebnisse der LWR.

Tab. 15: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2006

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	6 281	1 490
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	28 838	6 717
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	77,0	78,0	72,9
fabrikneu gekauft	35,9	36,2	34,4
gebraucht gekauft	46,9	47,7	43,6
geleast	3,0	3,3	(1,7)
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	102,2	103,3	97,5
fabrikneu gekauft	40,5	41,0	38,4
gebraucht gekauft	58,6	58,9	57,3
geleast	3,2	3,5	(1,9)

Ergebnisse der LWR.

Fast in allen Haushalten in denen Kinder lebten waren Fahrräder zu finden. Der Ausstattungsgrad lag 2006 bei den allein Erziehenden und bei Paaren mit Kindern mit rund 96 % nahezu gleich hoch. Von den Einpersonenhaushalten waren nur 67 % mit Fahrrädern ausgestattet (Männer: 75 %, Frauen: 63 %). Paare ohne Kind lagen mit 84 % etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Der Durchschnittshaushalt besaß Anfang 2006 zwei Fahrräder. Mit der Zahl der Haushaltsmitglieder steigt der Ausstattungsbestand. Bezieht man die Anzahl der vorhandenen Fahrräder auf die Zahl der Haushaltsmitglieder, so waren die Vier-Personenhaushalte am besten ausgestattet. Auf 100 Personen kamen rechnerisch 92,5 Fahrräder. Bei den Haushalten der allein Lebenden waren die Ausstattungsbestände mit 87 Fahrrädern am niedrigsten.

→ Tab. 14

Fahrräder waren im Jahr 2006 bei fast allen Altersklassen gleichermaßen beliebt. In den einzelnen Altersgruppierungen von »unter 25« bis »unter 65 Jahren« betragen die Ausstattungsgrade zwischen 82 % und 90 %. 76 % der Haushalte der 65-

bis unter 70-Jährigen besaßen mindestens ein Fahrrad und in 65 % der Haushalte von 70- bis unter 80-Jährigen gab es Fahrräder. Selbst bei den über 80-Jährigen hatten noch knapp 42 % der Haushalte ein Fahrrad. Wobei die Ausstattung mit einem Fahrrad nichts über dessen tatsächliche Nutzung verrät.

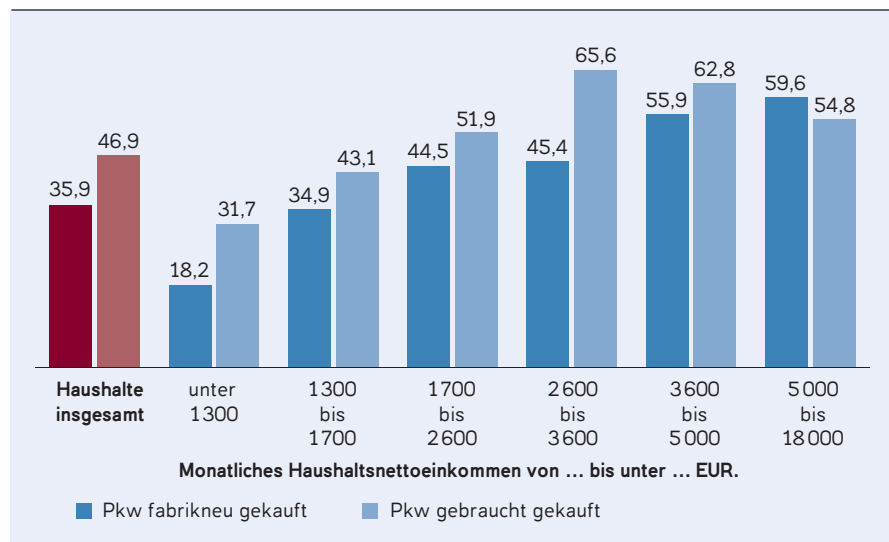
Anfang 2006 besaßen 77 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens ei-

nen neuen, gebrauchten oder geleasteten Personenkraftwagen. Im Jahr 2000 lag der Ausstattungsgrad mit 74 % noch drei Prozentpunkte niedriger. Im früheren Bundesgebiet stieg er von 75 % auf 78 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 70 % auf 73 %. → Tab. 15

Seit dem Jahr 2000 kauften die privaten Haushalte in Deutschland verstärkt Gebrauchtwagen, so dass die Ausstattung mit gebrauchten Pkw von 43 % Anfang 2000 bis auf 47 % Anfang 2006 kontinuierlich gestiegen ist. Gleichzeitig stagnierte der Anteil der Haushalte, die im Besitz von neu gekauften Pkw waren, in diesem Zeitraum bei 36 %.

Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Neuwagen stark zu: So lag dieser in der höchsten Einkommensklasse (5 000 bis unter 18 000 Euro) mit rund 60 % weit über dem Durchschnitt von 36 %. Im Gegensatz dazu betrug er in der niedrigsten Einkommensklasse (unter 1 300 Euro) nur 18 %. → Abb. 12

Abb. 12: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach Haushaltsnettoeinkommen, in %



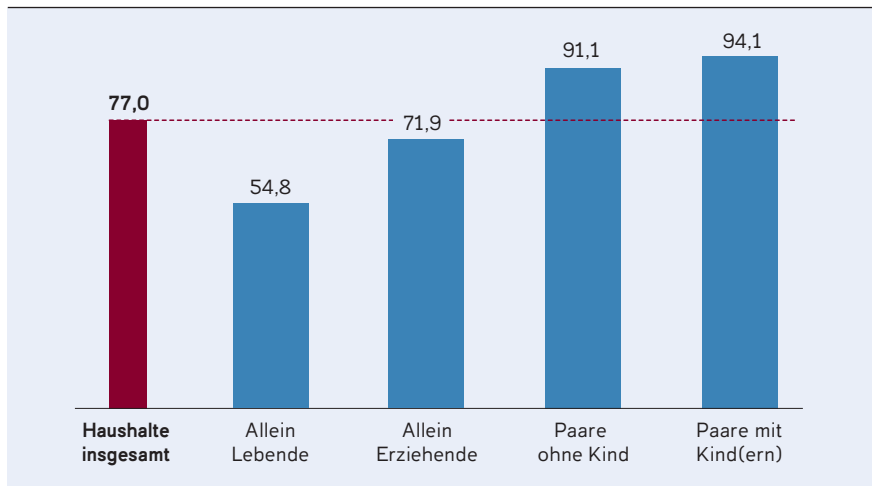
Ergebnisse der LWR.

Tab. 16: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2006

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher von ... bis unter ... Jahren							
		unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 u. mehr
Ausstattungsgrad (in %)	77,0	(61,6)	77,1	84,6	82,6	78,6	72,4	67,0	43,0
Ausstattungsbestand (Anzahl je 100 Haushalte)	102,2	(73,8)	97,8	115,1	121,9	105,6	83,0	74,0	44,3

Ergebnisse der LWR.

Abb. 13: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach Haushaltstypen 2006, in %



Ergebnisse der LWR.

Bei der Ausstattung mit Pkw gibt es ein Altersgefälle, das sich sowohl in Richtung der Haushalte mit älteren als auch jüngeren Haupteinkommensbezieherinnen bemerkbar macht. Die 80-Jährigen und Älteren (43 %) bzw. die 70- bis unter 80-Jährigen (67 %) sowie auch die unter 25-Jährigen (62 %) waren deutlich geringer mit Pkw ausgestattet, als die Altersgruppen von 35 bis unter 65 Jahre. In diesen Altersgruppen wurden Anfang 2006 Ausstattungsgrade von über 78 % und auch Ausstattungsbestände von weit mehr als 100 Pkw je 100 Haushalte erreicht. → **Tab. 16**

Bei Paaren lag 2006 der Ausstattungsgrad mit Pkw (92 %) sehr viel höher als bei Haushalten von allein Erziehenden (72 %) und allein Lebenden (55 %). Den höchsten Ausstattungsgrad hatten mit 94 %

Paare mit Kind(ern). Paare ohne Kind lagen mit 91 % nur knapp dahinter. Allein lebende Frauen verfügten seltener über einen Pkw als allein lebende Männer: Während knapp 60 % der allein lebenden Männer einen Pkw besaßen, waren es bei den Frauen rund 53 %. → **Abb. 13**

6.1.4 Überschuldung und Privatsolvenz

Verlässliche Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen, nicht Haushalten, liefern die Gerichte. Bei diesen Personen sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatsolvenz bleibt.

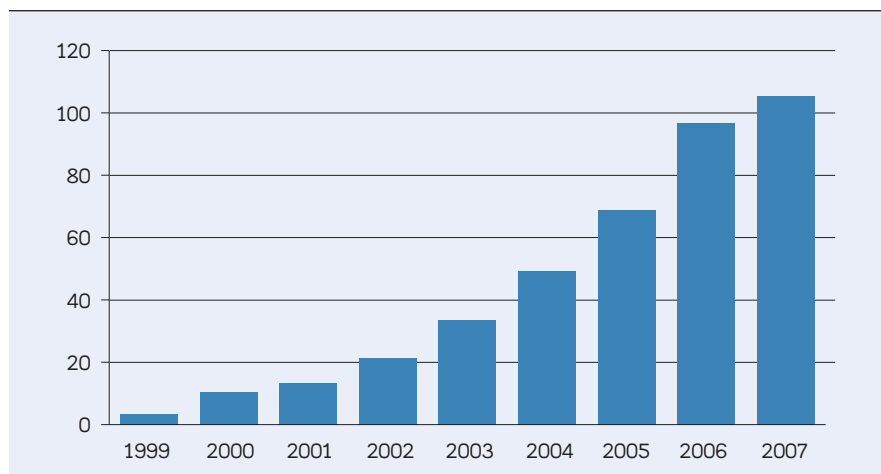
Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten fast 400 000

Privatpersonen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Die Zahlungsunfähigkeit von weiteren 300 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, ist auf das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen. Diese Personen haben die gleiche Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen wie die Verbraucher. Die Gesamtzahl dieser Privatsolvenzen hat von Jahr zu Jahr erheblich zugenommen, und immer neue Fälle kommen hinzu. Dabei muss der Auslöser nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. Viele Personen können erst jetzt von den Schuldnerberatungsstellen auf die Option der gerichtlichen Schuldenregulierung aufmerksam gemacht werden. → **Abb. 14**

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um zumindest die sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen herauszufinden sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, wurden erstmals zum Jahresende 2006 Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung konnte ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schuldenituation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in soziale wirtschaft-

Abb. 14: Verbraucherinsolvenzen, in 1 000



liche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab und soll sie in die Lage versetzen, ihr Leben künftig eigenständig zu gestalten. Aber auch Präventionsmaßnahmen zu erörtern, gehört zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 124 der knapp 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen stehen, waren für das Jahr 2006 die Daten von 33 000 Personen übermittelt worden. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, manchmal ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sind auszuräumen. Für die Teilnahme an der Erhebung ab 2008 haben knapp 300 Beratungsstellen ihre Teilnahme signalisiert, sodass die Datenbasis sich auf 80 000 Personen erhöhen dürfte.

Menschen die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status, und nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen

der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Arbeitslosigkeit wurde für 30 % der beratenen Personen als Grund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Bei mehr als einem Fünftel waren kritische Lebensereignisse wie Scheidung, Trennung, Tod eines Partners oder Krankheit und Unfall Auslöser der Misere. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten, beispielsweise wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung, gescheiterter Immobilienfinanzierung oder unerlaubter Handlungen waren bei 13 % der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei 10 % der beratenen Personen war der Grund für die

Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit zu suchen. → [Abb. 15](#)

Über 40 % aller beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt hatten alle einbezogenen Personen Schulden in Höhe von 37 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten. Hat eine Person mit Immobilienbesitz Schulden, denen sie nicht mehr nachkommen kann, belaufen sich diese durchschnittlich auf 160 000 Euro. Personen, die aufgrund ihrer früheren Selbstständigkeit für Verbindlichkeiten aufkommen müssen, schulden ihren Gläubigern im Durchschnitt 96 000 Euro. Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich 22 000 Euro errechnen.

Geht man von der Annahme aus, dass überschuldete Haushalte, die keine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, ähnliche Schuldenstrukturen aufweisen, kann man das gesamte Schuldenvolumen der privaten Haushalte in Deutschland schätzen. Legt man die Expertise zugrunde, die mit knapp unter 3 Mill. die niedrigste Zahl an überschuldeten Haushalten ermittelt

Abb. 15: Ausgewählte Auslöser für die Überschuldung 2006, in %

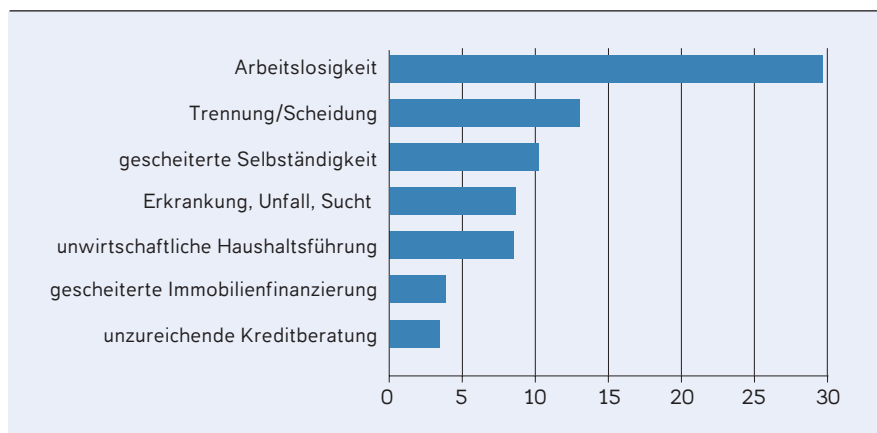
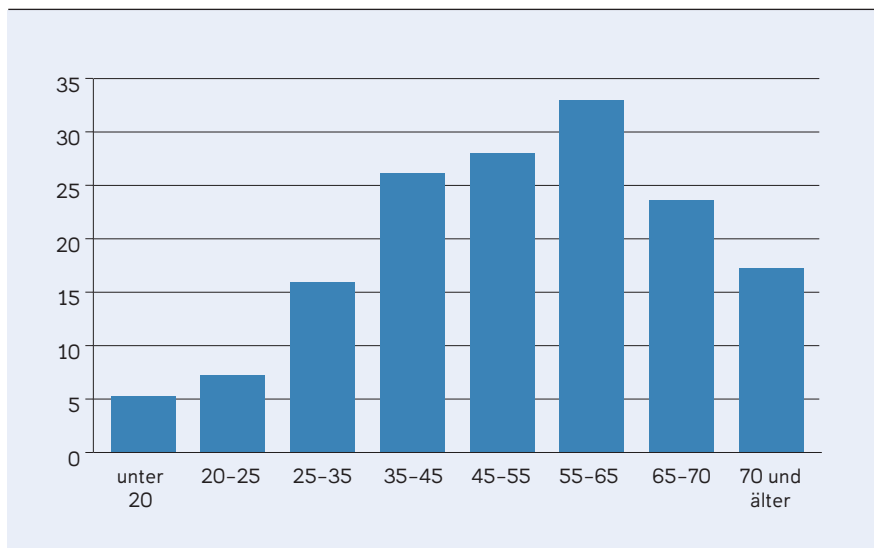


Abb. 16: Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen, in 1 000 EUR



Ohne Selbständige und Personen mit Immobilienschulden.

hat, so würde sich – bei einer durchschnittlichen Schuldenlast von 22 000 Euro – das gesamte Schuldenvolumen überschuldeter Haushalte (ohne Selbstständige und Hypothekenschuldner) auf schätzungsweise 65 bis 70 Milliarden Euro belaufen. Erkenntnisse aus den finanziellen Ergebnissen der Insolvenzverfahren führen zu dem Schluss, dass der größte Teil dieser Forderungen uneinbringbar ist.

Auch bei den Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei öffentlichen Gläubigern wie Finanzämtern sowie nicht geleistete Mietzahlungen, mit Anteilen von 6 % bzw. 4 %. Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genommene Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, stehen bei ihren Banken im Durchschnitt mit 21 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei einer anderen Privatperson, so belaufen sich diese auf über 10 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand von 6 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden angeht. Aus den vielfältigen Erkenntnissen, die diese Statistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die unter 20-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (13 000 Euro), aber sie weisen mit 1 900 Euro die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen aller Altersklassen auf. Die 65- bis 70-jährigen Personen haben unter allen Altersklassen mit 3 900 Euro die höchsten Schulden bei Versandhäusern. Die höchsten Mietrückstände besitzen die 55- bis 65-Jährigen sowie die allein erziehenden Frauen und Männer. Ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachgekommen sind vor allem allein lebende Männer, die im Durchschnitt mit über 6 000 Euro im Zahlungsverzug sind. → [Abb. 16](#)

6.1.5 Zusammenfassung

Zwischen den alten und neuen Ländern war die Einkommensverteilung 2006 weiterhin unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 62 % der Haushalte monatlich über 1 500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern

und Berlin erst 49 %. Das Haushaltseinkommen ist sehr stark von der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers abhängig. 69 % der Beamtenhaushalte verfügten 2006 nach den Ergebnissen des Mikrozensus über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 52 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten 39 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten 22 %. Dagegen verfügten nur 11 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr. Obwohl die Haushaltsnettoeinkommen seit 1991 um ca. 30 % gestiegen sind, lagen sie 2005 real 2 % unter dem Niveau von 1991.

Rund 60 % der Haushaltsbruttoeinkommen stammten aus Erwerbseinkünften. Im Osten war der Anteil an öffentlichen Transferleistungen an den Einkommen mit 32 % am Bruttoeinkommen um acht Prozentpunkte höher als im Westen.

2005 wurden etwa 70 % der ausgabenfähigen Einnahmen für den privaten Konsum verwendet. Mit ca. einem Drittel hatten die Wohnkosten den größten Anteil an den privaten Konsumausgaben. Die Ausgaben für Nahrungsmittel und Verkehr waren fast gleich hoch (13 bzw. 14 %). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war der Anteil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen und Bekleidung. Haushalte in denen Kinder leben weisen höhere Ausgaben für Bildung und Nachrichtenübermittlung auf als andere Haushaltstypen.

Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern lässt Schlüsse auf den erreichten materiellen Wohlstand zu. Bei vielen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 2006 Vollversorgung erreicht, ebenso bei herkömmlichen Unterhaltungsgeräten (wie z. B. bei Fernsehern). Mit neueren elektronischen Unterhaltungsgeräten sind Haushalte mit Kindern besser ausgestattet als der Durchschnittshaushalt.

In vielen Haushalten sind mittlerweile mehrere Handys vorhanden. Ob mit dem Handy oder im Festnetz telefoniert wird, hängt stark vom Alter des Hauptverdieners ab.


In drei von vier Haushalten gab es 2006 einen Pkw und in 81 % der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Im Osten war der Ausstattungsgrad bei Fahrrädern und bei Autos rund fünf Prozentpunkte geringer

als im Westen. Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens des Haushalts. Von den Pkw der privaten Haushalte in Deutschland waren 2006 rund 40 % fabrikneu gekauft. In 2007 gab es rund 105 000 Verbraucherinsolvenzen. Schätzungen gehen von knapp 3 Mill. überschuldeten Haushalten aus. Die Gesamtschulden werden auf ca.

70 Milliarden Euro veranschlagt. Die durchschnittliche Schuldenlast betrug (ohne Hypothekenverbindlichkeiten und Schulden aus ehemaliger Selbstständigkeit) 22 000 Euro. Hauptgründe für Überschuldung waren Arbeitslosigkeit (30 %), Trennung/Scheidung (13 %) und gescheiterte Selbstständigkeit (10 %). Je nach Alter und Lebenssituation unterscheiden sich die Schulden in der Höhe und im Verschuldungsgrund.

6.2 Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik

Einkommen ist die zentrale Ressource der Bürger für die Erreichung und Sicherung eines gewünschten Lebensstandards und wirkt sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft kann somit auch wesentlich darüber Auskunft geben, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen an der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung hat sich in Deutschland der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöht. In diesem Kapitel wird mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) diese langjährige Einkommensentwicklung beschrieben. Neben dem Einkommensverlauf werden dabei auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse seit der deutschen Wiedervereinigung sowie die Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im zeitlichen Verlauf

betrachtet. Ein besonderes Augenmerk gilt dem unteren Rand der Einkommensverteilung – der Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt. 

6.2.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP bei der Bevölkerung in Deutschland nominal von monatlich 1 088 EUR im Jahr 1993 auf 1 316 EUR im Jahr 2001 und bis 2006 weiter auf 1 437 EUR gestiegen. Die entsprechenden Jahreseinkommen liegen im Jahr 2006 bei 18 850 EUR.¹ → [Tab. 1](#)

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten zeigen seit Beginn der

1990er Jahre ein insgesamt gesehen eher geringes Einkommenswachstum mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind infolge des Vereinigungsbooms sowie der hohen Einkommenszuwächse der neuen Länder zunächst insgesamt positive Einkommenszuwächse zu beobachten, die sich mit Abflachen der Konjunktur in der Mitte der 1990er Jahre verringern. Gegen Ende der 1990er Jahre erfolgt ein abermaliger kurzer Einkommensanstieg. In den Jahren 2001 bis 2005 weisen die Einkommen der privaten Haushalte real keine nennenswerten Steigerungen mehr auf beziehungsweise sind gesunken.

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile, über die einzelne Einkommensgruppen verfügen. Hier zeigt sich, dass

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

Die erhobenen Monateinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen ab, für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte.

Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil der Haushalte ohne Angaben beträgt zwischen 4 und 7 %) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in so genannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	Mittelwert in EUR						
Äquivalenzeinkommen im Monat							
Nominal (Mean)	802	937	1088	1195	1316	1409	1437
Real (Mean)	1045	1193	1273	1318	1392	1409	1413
Steigerungsrate real (in %) ²	-	14,2	6,7	3,5	5,6	1,2	0,3
Real (Median)	952	1085	1156	1191	1263	1250	1254
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr							
Nominal (Mean)	10819	12459	14317	15731	17497	18422	18850
Real ³ (Mean)	14233	16118	17271	17624	18838	18780	18850
Steigerungsrate real (in %) ²		13,2	7,2	2,0	6,9	-0,3	0,4
Real (Median)	12789	14596	15562	15659	16924	16709	16539
Preisindizes³							
Alte Bundesländer	69,7	72,6	83,2	89,7	94,2	100,0	101,7
Neue Bundesländer	-	-	81,6	89,8	94,2	100,0	101,7

1 Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland. *Quelle:* Destatis 2007.

2 Prozentuale Steigerungsrate gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.

3 Bei Jahresangaben sind die Preisindizes jeweils bezogen auf das Einkommensjahr (Vorjahr).

Datenbasis: SOEP 1985–2006.

die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) langjährig über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und liegt nun im Jahre 2006 bei 9,3 %. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) haben demgegenüber langjährig etwa 35 % des monatlichen Gesamtein-

kommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er Jahre stieg der Anteil allmählich auf 36,8 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit deutlich erhöht, die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor. Am Ende der 1990er Jahre

hat sich die gesamtdeutsche Ungleichheit der Einkommen erhöht² und ist nach dem Jahr 2000 weiter gestiegen. Inzwischen ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit auf einem der höchsten Niveaus der vergangenen Jahrzehnte angelangt. → **Tab. 2**

Die jahresbezogenen Einkommen sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto) und Rentenzahlungen errechnen, die sich vor Eingriff des Staates in Form von direkten Steuern und Sozialtransfers ergeben. Die relative Differenz beider Koeffizienten illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch staatliche Eingriffe erreicht wird. Hier wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen und Renten erheblich gestiegen ist – der Gini-Koeffizient hat sich von 1993 bis 2006 von 0,334 auf 0,396 erhöht.

Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit und Renten erzielten Markteinkommen hat dann auch zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen im Haushalt geführt. Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markteinkommen wie auch der Nettoeinkommen stagnierte einige Jahre auf diesem erhöhten Niveau, um dann ab 2005 nochmals deutlich anzusteigen. Die langjährig zu beobachtende Zunahme an Ungleichheit ging zunächst in erster Linie auf eine zunehmende Spreizung der Markteinkommen zurück; ab 2005 allerdings wirken sich darüber hinaus offenbar auch die Reformprozesse im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung aus. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit hat sich in den letzten beiden Jahren etwas verringert, sie liegt aber weiterhin höher als noch in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre.

Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %	9,7	10,1	9,9	10,1	9,9	9,4	9,3
Reichste 20 %	35,0	34,5	34,9	34,4	34,9	36,1	36,8
Gini	0,254	0,246	0,250	0,241	0,248	0,265	0,273
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)	0,332	0,317	0,334	0,351	0,352	0,381	0,396
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)	0,267	0,257	0,267	0,268	0,269	0,292	0,309
Gini-Verminderung durch Umverteilung, in %	19,6	18,9	20,1	23,6	23,6	23,4	22,0

1 Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 1985–2006.

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet, in % des Median	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	in %						
Höherer Wohlstand (> 200 %)	3,8	3,6	3,8	3,4	3,9	4,2	4,7
Relativer Wohlstand (150–200 %)	7,2	7,3	8,5	7,6	8,5	8,3	8,1
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	11,6	11,5	9,8	10,1	9,0	9,8	9,5
Mittlere bis gehobene Einkommenslage (100–125 %)	18,5	18,5	18,5	18,3	18,4	16,6	16,1
Untere bis mittlere Einkommenslage (75–100 %)	25,8	27,2	27,1	28,8	28,3	26,4	25,2
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	24,0	23,7	23,6	23,9	22,7	23,9	25,0
Relative Armut (0–50 %)	9,1	8,3	8,8	7,9	9,1	10,8	11,4

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 1991–2006.

6.2.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher, die etwas detaillierter beschrieben wird. Bei der Einkommensschichtung werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen Mittelwert betrachtet. → **Tab. 3**

Damit kann der bei der Einkommensungleichheit beschriebene Trend differenziert werden. Der Bevölkerungsanteil in der untersten Einkommensgruppe hat sich in Deutschland im Verlauf der 1990er Jahre zunächst vermindert, steigt dann aber wieder an. Die Bevölkerungsanteile im relativen und höheren Wohlstand weisen nach dem vereinigungsbedingten Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre wiederum höhere Werte in den 2000er Jahren auf. Der Bevölkerungsumfang im mittleren Einkommensbereich ist nach einer kurzfristigen Zunahme gegen Ende der 1990er Jahre wieder auf das langjährig weitgehend stabile Niveau zurückgefallen, um dann allerdings weiter zu fallen. Hier scheint sich anzudeuten, was unter dem Begriff der schrumpfenden Mittelschicht diskutiert wird: während die Bevölkerungsanteile am unteren und am oberen Ende der Einkommensschich-

tung zumindest in den letzten beiden Jahren zunehmen, gehen die entsprechenden Anteile in den mittleren Schichten zurück. Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf dem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Defi-

inition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt auch weitere früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Schwellenwerte zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem so genannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) ausgewiesen. Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Real-

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	in %						
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
75 %-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	33,1	32,0	32,4	31,8	31,8	34,7	36,4
50 %-Mittelwert (Armut)	9,1	8,3	8,8	7,9	9,1	10,8	11,4
Armutsschwelle 60 %-Median							
FGT(0) (Armutquote)	13,5	10,7	11,6	11,0	11,4	12,8	13,9
FGT(1) (Armutintensität)	2,8	2,4	2,6	2,2	2,5	2,9	3,0
FGT(2) (Armutintensität)	1,0	0,9	1,0	0,7	0,8	1,0	1,0
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Armutsschwelle 60 %-Median							
FGT(0) (Armutquote)	13,1	11,9	13,1	12,9	13,2	17,0	18,2
FGT(1) (Armutintensität)	3,2	3,1	3,7	3,8	3,9	5,0	5,5
FGT(2) (Armutintensität)	1,5	1,5	1,8	2,0	1,9	2,4	2,5

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Die Armutslücke (poverty-gap) ist ein Maß für den durchschnittlichen Einkommensabstand, der zur Überwindung der Armutsgrenze fehlt, die normalisierte Armutslücke gibt den prozentualen Abstand zur Armutsgrenze an. Das FGT(1)-Maß beschreibt die Armutintensität als Produkt von Armutquote und normalisierter Armutslücke. Das FGT(2)-Maß schließlich bezieht darüber hinausgehend die Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation ein und bemisst die Armutintensität, indem es diejenigen innerhalb der Armutspopulation am stärksten gewichtet, die am intensivsten von Armut betroffen sind.

Datenbasis: SOEP 1991–2006.

einkommen zu Preisen von 2005. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutpopulation in Prozent ausweist, werden weitere Kennziffern der Armutsintensität ausgewiesen, die aus der Armutlücke abgeleitet sind. → Tab. 4

Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen lebten im Jahr 2006 13,9 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Armut und insgesamt 36,4 % im Niedrigeinkommensbereich (75 % Schwelle). Die einfache Armutsintensität FGT(1) – diese misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung – beträgt 3,0 %. Alle Indizes haben sich gegenüber den Vorjahren vergrößert, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut ist auf eines der

höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte angestiegen; zugleich haben sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle entfernt und die Intensität der Armut hat sich erhöht.

Legt man die jahresbezogene Einkommensberechnung zugrunde, so ergeben sich höhere Armutswerte: im Jahr 2006 lag die Armutsquote nach diesem Einkommenskonzept bei 18,2 %, die FGT(1)- und FGT(2)-Maße weisen eine Armutsintensität von 5,5 % bzw. 2,5 % aus. Auch hier verweisen alle Indikatoren in langjähriger Betrachtung auf eine Zunahme der Betroffenheit und eine wachsende Intensität der Armut hin.

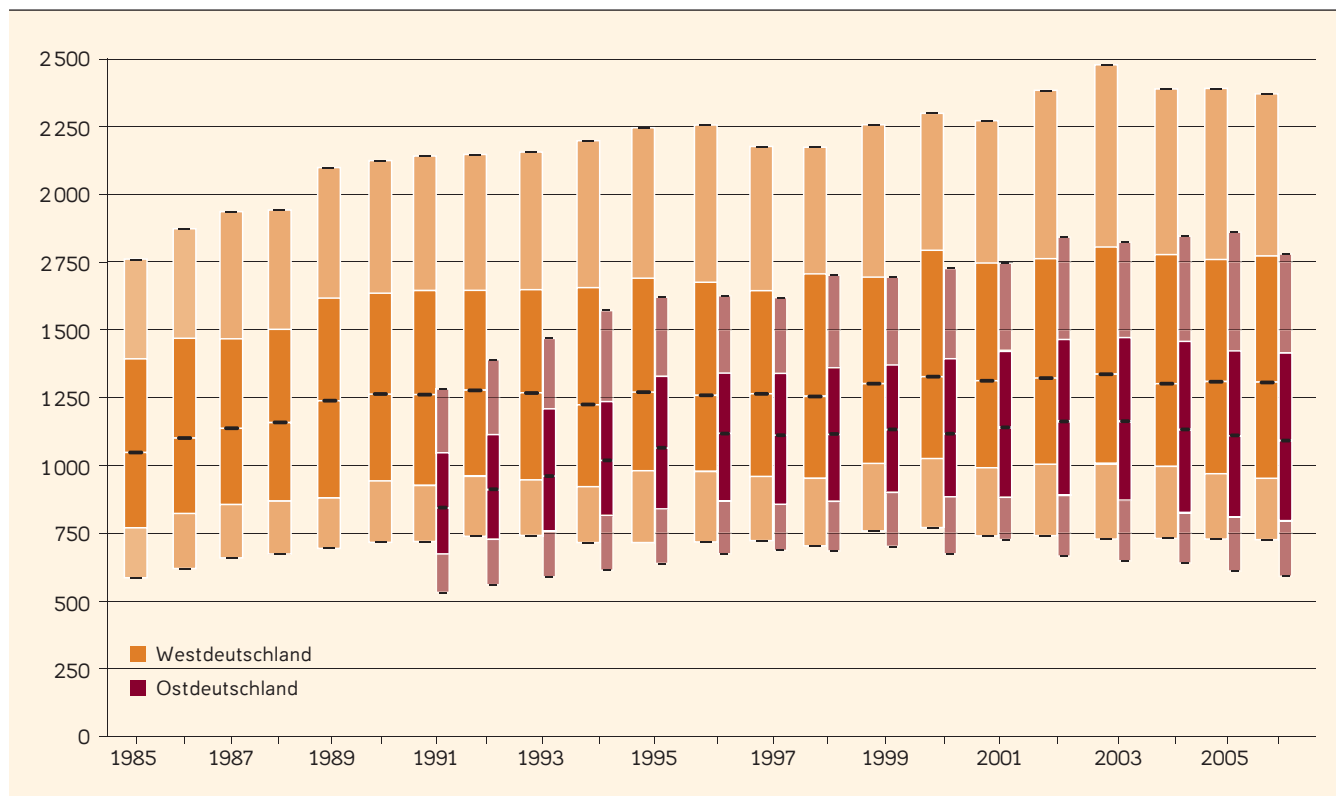
6.2.3 Einkommen und Armut in regionaler Differenzierung

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind auch heute noch erhebliche Unterschiede zwischen

alten und neuen Bundesländern zu beobachten. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Entwicklungen.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelle dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellewert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwelle wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwelle, die die jeweils

Abb. 1: Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens, in EUR



reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst. → Abb. 1

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in den neuen Ländern vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeglichen hat. In den letzten Jahren ist jedoch wiederum eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten. Die Realeinkommen in den alten Ländern wiesen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch höhere Wachstumsraten auf, die sich seit Beginn der 1990er Jahre deutlich abflachten. Vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang zu beobachten.

In den alten Ländern haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen langjährig stufenweise erhöht. In den neuen Ländern waren die Einkommen im Vergleich dazu von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist auch in den neuen Ländern ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Ländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Im Jahr 2002 erreichten erstmalig mehr als 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern Einkommensverhältnisse, die oberhalb des mittleren Einkommensbereichs in den alten Ländern liegen. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge vor allem in der geringeren Spreizung der hö-

heren Einkommen. Bei einer differenzierteren Betrachtung treten aber auch innerhalb der westdeutschen Einkommensentwicklung regionale Unterschiede zutage; insbesondere bei den Stadtstaaten zeichnet sich dabei eine prekäre Entwicklung ab. Die langfristige Erhöhung der Ungleichheit hat jedoch alle Regionen er-

fasst, wobei die Einkommensverteilung in Ostdeutschland weiterhin homogener ist. Die Armutsquoten sind insbesondere in Ostdeutschland in den letzten Jahren überproportional gestiegen und liegen inzwischen nahezu doppelt so hoch wie in den südwestlichen Flächenländern.

→ Tab. 5a

Tab. 5a: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen, 2001 und 2006

Armutsschwelle nach EU-Definition: 60% Median	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutquote in %			
Bevölkerung insgesamt	11,4	13,9	15,3	22,7
Geschlecht				
Männlich	10,8	13,1	14,9	22,6
Weiblich	12,0	14,7	15,7	22,8
Alter				
Bis 10 Jahre	15,4	16,3	20,5	30,2
11-20 Jahre	16,4	18,7	22,2	33,6
21-30 Jahre	15,8	19,2	23,0	28,5
31-40 Jahre	9,5	11,4	15,1	23,3
41-50 Jahre	8,9	14,2	14,5	28,0
51-60 Jahre	9,1	13,0	14,9	25,7
61-70 Jahre	8,7	8,9	7,2	8,7
71 Jahre und älter	9,8	11,2	7,4	7,2
Nationalität				
Deutsch	10,1	13,2	14,9	22,6
Nicht deutsch	27,5	22,8	67,0	40,2
Region¹				
Nord-West	10,1	12,3	-	-
Süd-West	10,7	11,7	-	-
Stadtstaaten	13,5	14,1	14,9	23,7
Ost	15,4	22,6	15,4	22,6
Gemeindegrößenklasse				
Unter 2000 Einwohner	14,0	16,5	15,3	21,2
2000-20000 Einwohner	11,4	12,8	13,9	20,2
20000-100000 Einw.	10,5	13,6	17,2	24,4
100000-500000 Einw.	12,2	17,0	16,1	25,1
Über 500000 Einwohner	10,8	12,0	14,9	23,6
Mieter-Status				
Eigentümerhaushalt	6,2	6,8	9,9	13,4
Mieterhaushalt	16,0	20,5	18,9	28,7

¹ Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg; Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

Tab. 5b: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen, 2001 und 2006

	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutquote in %			
Insgesamt, Bevölkerung ab 18 Jahren	10,4	13,3	14,1	21,4
Familienstand				
Verh./zusammenlebend	7,1	8,2	7,4	12,7
Verh./getrennt lebend	21,3	23,9	30,5	24,2
Ledig	13,9	18,5	21,9	33,3
Geschieden	19,7	26,9	34,6	36,7
Verwitwet	9,9	10,3	5,7	6,2
Bildungsabschluss				
Hauptschule, ohne Abschluss	20,6	26,3	24,1	34,5
RS, FHS, Gymnasium ohne Abschluss	10,7	12,4	18,0	29,5
Hauptschule, mit Abschluss	8,9	13,2	14,0	21,9
Realschule, mit Abschluss	7,8	11,7	14,8	24,1
FHS, Gymnasium mit Abschluss	9,8	11,9	14,9	17,4
Sonstiges	20,9	19,9	35,5	38,7
FH, Uni	4,1	4,7	5,1	7,8
In Lehre, Schule, Studium	15,0	10,0	21,4	21,0
Erwerbsstatus				
Erwerbstätig, Vollzeit	4,0	4,6	6,2	8,2
Erwerbstätig, Teilzeit	11,4	13,3	18,9	21,5
Arbeitslos	39,9	57,0	43,2	67,8
In Ausbildung	22,3	21,7	22,5	28,2
Nicht erwerbstätig	11,0	11,2	9,7	12,6
Berufliche Stellung				
Un- /angelernter Arbeiter	13,5	18,1	21,0	39,7
Facharbeiter, Meister	4,9	8,8	6,4	15,5
Selbstständige	10,9	10,6	21,5	16,8
Auszubildende, Volontäre	19,5	24,2	23,4	33,0
Einfache Angestellte	5,6	10,9	8,7	19,2
Qualifizierte Angestellte	1,8	4,0	2,8	6,2
Leitende Angestellte	0,9	0,6	0,6	0,9
Einfache/mittlere Beamte	1,1	0,2	6,4	0,0
Gehobene/höhere Beamte	0,5	0,4	1,6	0,6

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

6.2.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Der anhaltende Anstieg der Armutsquoten hat inzwischen auch breitere Bevölkerungsschichten erfasst. Die Zunahme der Armutbetroffenheit gegenüber 2001

bezieht sich nicht mehr nur auf sozial gefährdete Gruppen. Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haus-

haltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung der Jahre 2001 und 2006. Die gesamtdeutsche Armutsquote lag 2001 bei 11,4 % und steigt bis 2006 auf 13,9 %. Betrachtet man getrennt lediglich Ostdeutschland, so wird eine außerordentliche Betroffenheit deutlich: Im Jahre 2001 lag die Armutsquote im Osten mit 15,3 % etwa vier Prozentpunkte über dem gesamtdeutschen Niveau; im Jahre 2006 liegt die Quote bei 22,7 % und somit um neun Prozentpunkte über dem Durchschnitt. → Tab. 5a,b,c

Frauen sind etwas mehr als Männer von Einkommensarmut betroffen, in Ostdeutschland sind die Quoten jedoch praktisch gleich hoch. Mit zunehmendem Alter sinkt die Betroffenheit von Armut. Am höchsten sind die Armutsquoten im Jahr 2006 in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebt im Jahr 2006 jeder dritte Jugendliche (11 bis 20 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die niedrigste Armutsquote ist 2001 und 2006 bei der Altersgruppe von 61 bis 70 Jahren zu finden; dies ist auch ein Indiz für die weitgehend gute Absicherung der heutigen Rentner gegen Altersarmut. In Ostdeutschland findet man bei den Älteren die niedrigsten Quoten; die derzeitige Rentnergeneration profitiert dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme aus der Zeit vor der Vereinigung.

Verheiratet zusammen Lebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, bei Ledigen und Geschiedenen hat sich das Armutsrisiko deutlich erhöht. Für Personen ohne Bildungsabschluss bzw. mit geringer Bildung hat sich das 2001 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter erhöht. Aber auch bei Personen mit hohem Bildungsstand ist das vormals sehr niedrige Armutsrisiko leicht angestiegen.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein überproportionales Armutsrisiko. Sie sind im Jahr 2006 mit 57,0 % in Gesamtdeutschland und mit 67,8 % in Ostdeutschland

Tab. 5c: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen, 2001 und 2006

	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutquote in %			
Insgesamt	11,4	13,9	15,3	22,7
Haushaltsgröße				
1-Personen-Haushalt	14,8	19,9	21,2	27,8
2-Personen-Haushalt	7,9	9,2	11,7	15,0
3-Personen-Haushalt	11,1	14,4	14,8	28,6
4-Personen-Haushalt	8,2	13,2	10,6	18,2
5- und mehr Personen-Haushalt	23,0	18,4	34,8	40,6
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 45 Jahre	14,9	19,3	22,5	30,0
46-65 Jahre	11,1	14,1	17,0	27,9
66 Jahre und älter	9,8	10,6	8,8	10,9
Personengruppen				
Haushaltsvorstand	11,6	15,0	16,1	22,9
(Ehe-)Partner	7,4	8,9	9,5	16,1
Kind(er) bis 17 Jahre	15,2	16,5	21,2	30,3
Kind(er) ab 18 Jahre	12,9	16,7	16,9	27,1
Weitere Haushaltsmitglieder	25,2	17,2	23,6	23,1
Haushaltstypen				
Singlehaushalt	14,8	20,0	21,2	27,8
Paarhaushalt ohne Kind	5,7	7,2	7,3	10,4
Paarhaushalt mit minderjährigen Kinder	10,7	13,3	14,0	24,9
Einelternerhaushalt	36,7	35,4	47,6	54,8
Elternhaushalt mit erwachsenen Kinder	11,8	12,8	14,0	21,5
Sonstige Mehrpersonenhaushalte	21,5	8,0	19,2	24,2
Haushalts-/Lebenszyklus				
Haushaltsvorstand bis 34 Jahre				
Singlehaushalt	20,1	26,1	30,5	32,8
Paarhaushalt ohne Kind	7,7	9,8	17,3	14,1
Haushaltsvorstand 35-54 Jahre				
Singlehaushalt	13,0	20,4	25,8	37,2
Paarhaushalt ohne Kind	4,5	8,6	12,2	25,6
Paarhaushalt mit Minderjährigen		K.		
Mit 1 Kind	7,3	13,9	13,4	26,1
Mit 2 Kindern	8,7	12,4	8,4	19,6
Mit 3 und mehr Kindern	23,3	13,9	35,5	38,1
Einelternerhaushalt				
Mit 1 Kind	27,9	31,4	38,7	53,9
Mit 2 und mehr Kindern	48,1	39,6	63,2	56,5
Elternhaushalt mit erwachsenen Kinder	11,8	12,8	14,0	21,5
Haushaltsvorstand 55-74 Jahre				
Paarhaushalt ohne Kind	5,4	5,8	4,1	6,3
Singlehaushalt	13,4	18,3	18,9	26,7
Haushaltsvorstand 75 Jahre und älter				
Paarhaushalt	6,7	6,7	6,5	2,1
Singlehaushalt	13,8	15,2	11,2	7,6
Sonstige	21,5	8,0	19,2	24,2

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im Vergleich zu 2001 hat sich die Quote nochmals erheblich erhöht. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitbeschäftigten sowie die mittlere Armutsquote bei Nichtbeschäftigten hat sich gegenüber dem Jahr 2001 im Niveau gehalten oder sogar tendenziell verringert; die seit 2001 erfolgte Erhöhung der Armutsziffern erfasste vor allem Teilzeitbeschäftigte und Arbeitslose.

Nach den Auszubildenden und Volontären finden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen hat sich das Armutsrisiko gegenüber 2001 weiter erhöht. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befinden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei Facharbeitern und einfachen Angestellten ist das Armutsrisiko gegenüber 2001 zum Teil deutlich gestiegen, wogegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko tragen. Die in den letzten Jahren zunehmenden Armutsquoten haben demzufolge insbesondere gering Qualifizierte sowie Arbeiter und einfache Angestellte erfasst.

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass insbesondere bei jungen Haushalten das Armutsrisiko gestiegen ist. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Single- sowie vor allem bei Einelternhaushalten zu finden. Mehr als jeder dritte Einelternhaushalt in Gesamtdeutschland und mehr als jeder zweite in Ostdeutschland lebt in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der starke Anstieg der Armutsquote bei jungen allein Lebenden ins Auge. Zudem hat sich die Armutsquote bei jungen Familien mit einem oder zwei Kind(ern) erhöht, wogegen die Armutsquote bei Familien mit drei Kindern gesunken ist. Ältere Paarhaushalte ohne Kinder haben ein geringes Armuts-

risiko. Bei Singlehaushalten im Alter von über 55 Jahren hat sich das Armutsrisiko 2006 gegenüber 2001 leicht erhöht. Ungeachtet der insgesamt rückläufigen Altersarmut gibt es offenkundig innerhalb dieser Population weiterhin Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken.

6.2.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität bzw. die Dynamik gibt Auskunft über die Chancen und Risiken der Einkommensverbesserung bzw.

-verschlechterung in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Bei so genannten Mobilitätsmatrizen wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten (hier: vierjähriger Abstand) in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommenschichten gewechselt ist.

Tab. 6: Einkommensdynamik: Quintilmatrizen im Zeitverlauf Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt

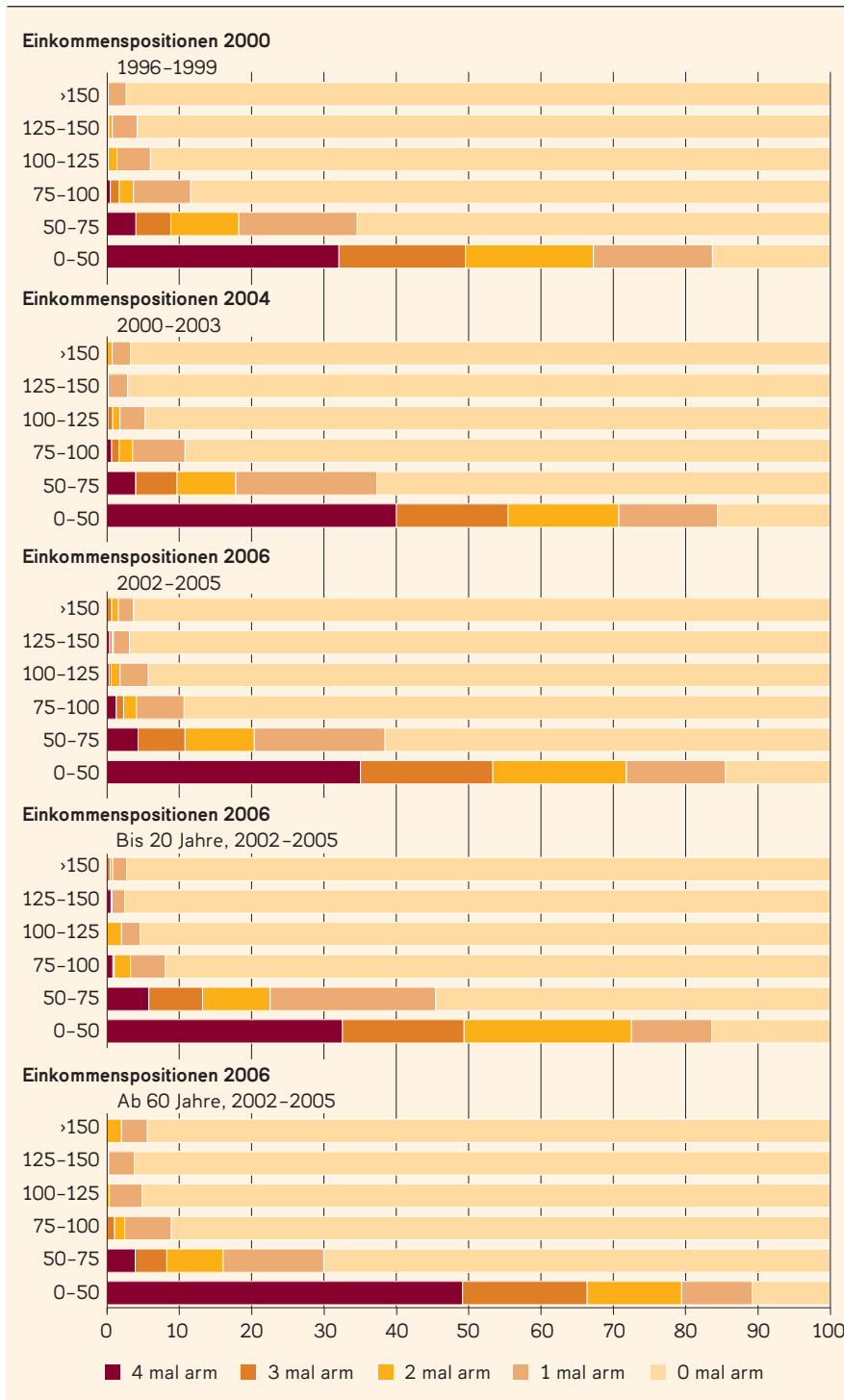
Von der Bevölkerung im Ausgangsquantil (z. B. 1. Quintil) im Jahr A waren drei Jahre später, im Jahr B, xx,x % der Bevölkerung im Quintil (z. B. 2. Quintil)							
Ausgangsquantil	Übergang in Quintil	1985-1988 ¹	1989-1992 ¹	1993-1996	1997-2000	2001-2004	2003-2006
in %							
1. Quintil	1. Quintil	58,1	57,6	59,5	58,9	62,0	63,9
1. Quintil	2. Quintil	22,4	19,0	23,7	22,8	23,6	22,8
1. Quintil	3. Quintil	9,9	12,9	10,7	12,2	8,7	8,7
1. Quintil	4. Quintil	7,1	8,2	4,6	5,1	4,0	3,6
1. Quintil	5. Quintil	2,6	2,3	1,6	1,0	1,7	1,0
2. Quintil	1. Quintil	25,5	25,3	22,4	25,4	21,8	23,6
2. Quintil	2. Quintil	36,6	39,0	39,1	40,4	43,5	44,7
2. Quintil	3. Quintil	23,8	21,7	24,4	23,4	22,4	20,4
2. Quintil	4. Quintil	11,1	10,3	10,8	8,7	8,7	8,8
2. Quintil	5. Quintil	3,0	3,7	3,8	2,2	3,6	2,4
3. Quintil	1. Quintil	9,9	11,5	8,4	9,2	8,6	6,3
3. Quintil	2. Quintil	23,6	26,2	25,5	24,0	22,9	20,5
3. Quintil	3. Quintil	36,4	36,9	36,3	37,8	43,4	42,4
3. Quintil	4. Quintil	22,1	20,2	24,1	22,8	19,8	25,2
3. Quintil	5. Quintil	8,0	5,1	5,7	6,1	5,4	5,6
4. Quintil	1. Quintil	5,3	5,6	5,9	5,4	3,4	4,7
4. Quintil	2. Quintil	11,4	9,1	9,1	8,2	9,3	7,4
4. Quintil	3. Quintil	22,9	22,5	21,5	21,8	22,6	21,2
4. Quintil	4. Quintil	38,0	43,8	43,3	46,0	43,7	45,4
4. Quintil	5. Quintil	22,4	19,1	20,3	18,7	21,0	21,3
5. Quintil	1. Quintil	2,8	1,0	3,8	2,2	2,3	2,0
5. Quintil	2. Quintil	4,4	3,6	2,6	2,5	3,6	3,8
5. Quintil	3. Quintil	5,2	7,3	7,7	4,8	5,9	5,1
5. Quintil	4. Quintil	20,9	19,9	19,4	21,5	17,9	21,4
5. Quintil	5. Quintil	66,7	68,2	66,6	69,0	70,3	67,7

¹ Nur Westdeutschland.

Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung;
1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.

Datenbasis: SOEP 1985-2006.

Abb. 2: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf, in %



Hier zeigt sich, dass sich das Risiko, im untersten Quintil zu verbleiben, über die Jahre hinweg deutlich erhöht hat. Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend

verringert. In den letzten Jahren erhöhte sich auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil. Im zweiten Quintil geht dies zeitweilig mit einem Rückgang des Übergangs in niedrigere Einkommensla-

gen einher, im mittleren Einkommensbereich ist dies bis zum jüngsten Zeitfenster jedoch eher mit einem nachlassenden Aufstieg in höhere Einkommensschichten verbunden. Der Verbleib im obersten Einkommensquintil hat sich in den letzten Jahren ebenfalls erhöht; dabei haben sich vor allem Abstiege in das benachbarte vierte Quintil zunächst verringert, um aktuell wieder anzusteigen – der Umfang an weiter entfernten Einkommensabstiegen ist jedoch ungefähr gleich geblieben.

→ Tab. 6

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Armut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder einem anderen Haushalt gemacht wurden. Die Grafik weist die individuelle Armutserfahrung für die Ausgangsjahre 2000 (1996 bis 1999), 2004 (2000 bis 2003) und 2006 (2002 bis 2005) aus; für das Jahr 2006 wird diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt.

→ Abb. 2

Die Ergebnisse zeigen, dass etwa 85 % der Personen, die im Jahr 2006 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, bereits in den vier Vorjahren (2002 bis 2005) zumindest einmal von Armut betroffen waren, darunter sind gut ein Drittel der Personen in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2006 demnach in folgender Weise zusammen: 35 % aller Personen in dieser Einkommensschicht sind permanent arm, 37 % haben in dieser Periode einen Verlauf in die und aus der Armut erlebt und weitere 14 % sind meist erstmalig im prekären Einkommensbereich und haben zuvor keinerlei Armutserfahrung gemacht. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschicht im Jahr 2000 noch in folgender

Weise zusammen: 33 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen vorübergehenden Armutsverlauf und weitere 16 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, hat zugenommen, wobei insbesondere mehrfache oder dauerhafte Armutserfahrungen zugenommen haben.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) hat noch etwas mehr als ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen finden sich noch ca. 4 % an Personen, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt ist aber die Armutserfahrung der höheren Einkommensschichten ge-

sunken. Vor allem Personen mit mehr als einmaligen Armutsperioden sind in den mittleren und höheren Einkommenspositionen immer seltener zu finden.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in Armut als erwerbsfähige Erwachsene. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an dauerhaft Armen im untersten Einkommenssegment sowie der sehr geringe Anteil an Armutserfahrungen bei höheren Einkommenspositionen bemerkenswert; offenkundig fällt ein Herauswachsen aus Armut in mittlere oder höhere Einkommenspositionen in dieser Altergruppe nicht leicht. Ältere weisen zwar insgesamt im Querschnitt keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen mehr auf. Wer allerdings im Alter ab 60 Jahren im unteren Einkommensbereich angelangt ist, der hat derzeit offenkundig nur noch geringe Chancen, wieder in höhere Einkommenspositionen zu gelangen.

1 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die, insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung, bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2005 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.

2 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er Jahre zunächst gesunken.